

30. Sitzung

am Dienstag, dem 11. Dezember 2001

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	1372
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	1373

Fragestunde

1. Immobilienmesse München

Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. Dezember 2001	1373
--	------

2. Lokale Agenda 21

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. Dezember 2001	1375
---	------

3. Vergabe von ÖPNV-Linien durch die BSAG an andere Busunternehmen

Anfrage der Abgeordneten Liess, Jägers, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 4. Dezember 2001	1376
--	------

Aktuelle Stunde

Den Bredenplatz nicht als Bauplatz verscherbeln!

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1377
Abg. Dr. Sieling (SPD)	1378
Abg. Pflugradt (CDU)	1380
Senator Hattig	1382
Senatorin Wischer	1382
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	1383
Abg. Dr. Sieling (SPD)	1384

144. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Grundstück Farger Straße 99 (Flurstück 238/7, VR 134; Koch'scher Hof)

Mitteilung des Senats vom 20. November 2001

(Drucksache 15/406 S) 1385

Effektive Grundstücksausnutzung im Technologiepark Universität erhöhen

Mitteilung des Senats vom 20. November 2001

(Drucksache 15/407 S)

Abg. Dr. Sieling (SPD) 1385

Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen) 1387

Abg. Pflugradt (CDU) 1389

Senatorin Wischer 1390

Schutz historischer Bausubstanz in Bremen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 27. November 2001

(Drucksache 15/410 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 1391

Abg. Frau Kummer (SPD) 1393

Abg. Focke (CDU) 1394

Senatorin Wischer 1396

Abstimmung 1397

Gebühren- und Benutzungsordnung für die Bremer Volkshochschule, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 27. November 2001

(Drucksache 15/411 S) 1397

Ortsgesetz zur Änderung entsorgungsrechtlicher Vorschriften in der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2001

(Drucksache 15/499 S)

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 1398

Abg. Dr. Schuster (SPD) 1399

Abg. Frau Mull (CDU) 1400

Senatorin Wischer 1401

Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) 1401

Abstimmung 1401

Viertes Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen Bremen und Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2001

(Drucksache 15/500 S) 1401

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 37
vom 4. Dezember 2001**

(Drucksache 15/412 S) 1402

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Emigholz, Jägers, Frau Koestermann, Leo, Neumeyer, Pietzok, Frau Reichert, Dr. Schulte, Frau Wulff.

Vizepräsident Dr. Kuhn
Vizepräsident Ravens

Präsident Weber

Schriftführerin Arnold-Cramer
Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen **Hattig** (CDU)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Die 30. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Folgende Gruppe ist anwesend: Besucher der AWO-Begegnungsstätte Bürgerhaus Weserterrassen.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Einführung von Ganztagsangeboten in Bremer Sek-I-Schulzentren, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 6. Dezember 2001, Drucksache 15/507 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Punkt am Schluss der Tagesordnung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Stadtbürgerschaft ist einverstanden.

2. Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2001, Bericht und Dringlichkeitsantrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001, Drucksache 15/508 S.

Meine Damen und Herren, ich gehe auch davon aus, dass Einverständnis besteht, diese Vorlage

mit den zu den Haushaltsberatungen gehörenden Vorlagen zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Die Stadtbürgerschaft ist einverstanden.

3. Ortsgesetz über den Eigenbetrieb Gebäude- und TechnikManagement Bremen der Stadtgemeinde Bremen, Bericht und Dringlichkeitsantrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001, Drucksache 15/509 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung lasse ich auch hier über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, nachträglich ist interfraktionell vereinbart worden, diesen Bericht und Antrag zusammen mit dem Ortsgesetz über den Eigenbetrieb Gebäude- und TechnikManagement Bremen der Stadtgemeinde Bremen, Drucksache 15/397 S, morgen in der zusätzlichen Sitzung der Stadtbürgerschaft aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

4. Ortsgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik der Stadtgemeinde Bremen, Bericht und Dringlichkeitsantrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001, Drucksache 15/510 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung lasse ich auch hier über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wer einer dringlichen Behandlung dieses Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenhaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Auch hier, meine Damen und Herren, wurde interfraktionell vereinbart, diesen Bericht und Antrag zusammen mit dem Ortsgesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik der Stadtgemeinde Bremen morgen in der zusätzlichen Sitzung der Stadtbürgerschaft aufzurufen.

Auch hier stelle ich Einverständnis fest.

5. Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2002/2003, Bericht und Dringlichkeitsantrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses vom 7. Dezember 2001, Drucksache 15/511 S.

Ich gehe davon aus, dass auch hier Einverständnis besteht, diese Vorlage mit den zu den Haushaltsberatungen gehörenden Vorlagen zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Ortsgesetz zur Umstellung der Beitragsordnung für die Kindergärten und Horte der Stadtgemeinde Bremen auf Euro
Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2001
(Drucksache 15/514 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Januar-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Plätze und Freiräume in den Stadtteilen in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 16. Oktober 2001
2. Sicherheit der Fußgänger in der Innenstadt und den Nebenzentren, insbesondere in den ausgewiesenen Fußgängerzonen - Fahrradfahrer mit rechtswidrigem Verkehrsverhalten
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 23. Oktober 2001
Dazu
Antwort des Senats vom 11. Dezember 2001
(Drucksache 15/515 S)

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, Tagesordnungspunkt vier,

Förderung und Integration von Kindern mit Behinderungen in der Schule, auszusetzen.

Meine Damen und Herren, außerdem wurde vereinbart, die Beratung des Stadthaushalts sowie der Änderungsanträge und Anträge dazu in die Haushaltsdebatte des Landtags einzubeziehen, so dass eine Einzelaussprache zu den Änderungsanträgen und Anträgen und eine Debatte in der Stadtbürgerschaft nicht erfolgen. In einer weiteren Sitzung der Stadtbürgerschaft am Mittwoch im Anschluss an die Landtagssitzung erfolgen die Schlussabstimmungen über den Stadthaushalt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, soeben ist mir mitgeteilt worden, dass auch die Drucksache 15/507 S, Ganztagschulen, für heute ausgesetzt werden soll.

Meine Damen und Herren, wer nun mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Abgeordneten Max Liess zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche des Hauses aussprechen.

Herzlichen Glückwunsch, Herr Kollege!

(Beifall)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen vier frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die letzte Anfrage wurde zwischenzeitlich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

Die erste Anfrage bezieht sich auf die **Immobilienmesse München**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Krusche!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat die Immobilienmesse München und die Bedeutung einer solchen Messe für Bremens Standortentwicklung?

Zweitens: Mit welchem Konzept und welchen personellen Kapazitäten war Bremen auf der diesjährigen Immobilienmesse München vertreten?

Drittens: Beabsichtigt der Senat, auch im kommenden Jahr auf der Messe präsent zu sein, und wenn ja, wie will der Senat gewährleisten, dass Bremen auch überregional als attraktiver Standort vermarktet wird?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der Senat bewertet die Immobilienmesse „Expo Real“, die seit 1998 jährlich in München stattfindet, als eine internationale Fachmesse für Gewerbeimmobilien mit zunehmender Position als zentraleuropäische Leitmesse. Anbieter und Nutzer von Gewerbeimmobilien werden in München gezielt zusammengeführt. Insoweit misst der Senat dieser Messe zur Vermarktung des Investitionsstandorts Bremen eine hohe Bedeutung zu.

Zu zwei: Bremen war in diesem Jahr unter Federführung der Bremer Investitions-Gesellschaft mbH, BIG, zum ersten Mal mit einem Landes-Gemeinschaftsstand von 69 Quadratmetern auf der Messe vertreten. Dieser Gemeinschaftsstand basiert auf dem Konzept einer Standortpräsentation gemeinsam mit weiteren Institutionen und privaten Investoren aus Bremen. In diesem Jahr waren die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH, BIS, sowie vier private Investoren vertreten. Bremens Beteiligung an der Expo Real erfolgt insbesondere unter der Zielsetzung der Positionierung Bremens/Bremerhavens als leistungsfähiger Investitionsstandort im Wettbewerb zu anderen bundesdeutschen Städten und Regionen.

Die Standbesetzung erfolgte durch je drei Mitarbeiter von BIG und BIS. Die weiteren Beteiligten waren in unterschiedlicher Personenzahl auf dem Messestand präsent.

Zu drei: Der Senat beabsichtigt, Bremen auch im kommenden Jahr durch die BIG mit einem Gemeinschaftsstand auf der Expo Real zu präsentieren. Die überregionale Vermarktung Bremens als

attraktiver Standort sieht der Senat durch das vorstehend genannte Konzept, das durch die BIG in Abstimmung mit den Partnern fortlaufend weiterentwickelt wird, gewährleistet. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, halten Sie das bisherige Konzept für ausreichend, gerade vor dem Hintergrund, dass vergleichbare Städte wie Nürnberg, Bochum, Duisburg, Hamburg, Berlin auf dieser Immobilienmesse mit sehr viel mehr Manpower, sage ich einmal bewusst, vertreten waren, die ihre Stadtentwicklungsinitiativen dort dargestellt haben? Haben Sie vor dem Hintergrund nicht den Eindruck, dass Bremen in dieser Beziehung noch aufzuholen hat?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Frau Abgeordnete, die Frage muss ich ja immer im Kontext der finanziellen Möglichkeiten beantworten. So gesehen vertreten wir uns angemessen, weitere Verbesserungen sind sowohl im Konzept als möglicherweise auch mit der damit verbundenen Finanzierung zumindest aufgeschlossen zu prüfen.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, die Wirtschaftsförderungsausschüsse haben ja jetzt kürzlich Geld auch für die Repräsentation auf Messen bereitgestellt. Sehen Sie hier einen Zusammenhang, zukünftig gerade die Immobilienmesse in München dazu verstärkt zu nutzen, um Bremen als einen attraktiven Standort gerade im Hinblick auf Immobilien, auf Stadtentwicklungsprojekte besser als in diesem Jahr zu vertreten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Hattig: Der Standort heißt Bremen, das Land heißt Bremen, und das ist die Vorgabe. Alles, was wir tun, muss immer wieder auf diese Vorgabe auf die Wirkung für den Standort hinwirken. Dazu gehören alle Formen des Auftritts. Messen können eine Bedeutung haben, müssen es aber nicht unbedingt. Messen sind sehr teuer, weil man an Standorte geht, die eine hohe Standortmiete nehmen.

Ich darf Sie etwa darauf hinweisen, dass zum Beispiel die weltberühmte Anuga, die alle zwei Jahre stattfindet, in diesem Jahr erstmals ohne die gro-

ßen Lebensmittelkonzerne stattgefunden hat, weil sie einfach die Relation zwischen Kosten und Nutzen nicht mehr als hinreichend gegeben ansehen. Für einen Standort wie Bremen, und wenn ich Bremen sage, meine ich immer auch Bremerhaven, ich meine also den Stadtstaat, für einen Standort wie Bremen kann es bei den begrenzten finanziellen Möglichkeiten, die wir haben, immer nur darum gehen, zwischen Kosten und Nutzen eine vernünftige Synthese zu finden, das heißt also, die Standorte zu suchen, die dies ermöglichen. Einfacher und noch kürzer: Die Messen gehören dazu, den Auftritt weiter zu verbessern ist unser gemeinsames Anliegen, und ich werde mich darum bemühen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Das ist nicht der Fall.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Lokale Agenda 21**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann wird der Senat den Bericht, wie die konkrete Arbeit im lokalen Agenda-21-Prozess fortgesetzt werden soll und der bereits im März 2000 hätte vorgelegt werden müssen, der Bürgerschaft zuleiten?

Zweitens: Warum ist der Senat seit mehr als zwei Jahren nicht in der Lage, den lokalen Agenda-21-Prozess weiterzuführen?

Drittens: Unter wessen Vorsitz soll der runde Tisch zur lokalen Agenda 21 wann wieder einberufen werden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Mathes, ich beantworte Ihre Fragen wie folgt:

Zu eins: Der Bericht, wie die Arbeit im lokalen Agenda-21-Prozess fortgesetzt werden soll, befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung. Er soll Anfang des Jahres 2002 vorgelegt werden.

Zu zwei: Für die Fortsetzung des Prozesses bedarf es eines neuen Handlungsrahmens für die konkrete Umsetzung des Agenda-Programms. Nachdem bisher eine allgemeine Grundlage der

Verständigung über wesentliche Prinzipien der Agenda 21 herbeigeführt werden konnte, gilt es nunmehr, dass vor allem organisatorische und ressourcenbezogene Konkretisierungen in einzelnen Umsetzungsprojekten realisiert werden.

Zu drei: Derzeit wird überlegt, ob der Präsident der Bremischen Bürgerschaft neutral den Vorsitz im Interesse einer aktiven Fortführung des Agenda-Prozesses übernimmt.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich muss Sie, Herr Bürgermeister Scherf, kurz noch einmal daran erinnern, dass wir schon im Oktober des letzten Jahres diesen ausstehenden Bericht angemahnt haben, woraufhin Sie geantwortet haben, dass dieser Bericht längst vorbereitet sei. Wie kommt es dann, dass er erst jetzt in der Ressortabstimmung ist, obwohl er damals, vor über einem Jahr, schon vorbereitet war?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Dass er vorbereitet war, stimmt, aber es ist eine Sache, dass die engagierten Autoren ihren Bericht vorbereiten, und eine andere, viel mühseligere, ist die Abstimmung der Ressorts. Das Ziel ist ja, dass es nicht ein Bericht wird, den das Büro des Agenda-Prozesses allein verantwortet, sondern den die Ressorts sich zu eigen machen. Das ist mühselig, wie Sie wissen, unter den engen Haushaltsbedingungen, unter denen wir zurzeit zu wirtschaften haben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Frage, wer denn den Vorsitz am runden Tisch übernimmt, auch diese Frage diskutieren Sie ja schon seit über einem Jahr. Was hindert Sie eigentlich, da eine Entscheidung zu treffen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Ich finde diesen Satz, den wir uns da im Senat überlegt haben, hoch klug, Frau Kollegin: Derzeit wird überlegt, ob der Präsident der Bremischen Bürgerschaft neutral den Vorsitz im Interesse einer aktiven Fortführung des Agenda-21-Prozesses übernimmt.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wer überlegt das?)

Zum Beispiel der Präsident, das Präsidium und wir alle mit ihm!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir überlegen das gar nicht! Das war nie auf der Tagesordnung!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehe ich es richtig, dass Sie es hoch klug empfinden, Formulierungen zu treffen, die eigentlich nichts sagend sind?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Ich empfinde es als eine ausdrucksvolle Aussage, die wir da gefunden haben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Bürgermeister Scherf, sind Sie mit mir der Meinung, dass auf diese Art und Weise der Agenda-21-Prozess langsam beerdigt wird, das heißt, dass die Chance, dass man diesen Prozess hier in Bremen eigentlich wieder aus dem Koma herausholen kann, gegen Null tendiert?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Ich bin nicht so pessimistisch wie Sie, aber das ist eine unterschiedliche Einschätzung.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Nur eine kurze Anmerkung: Das hat nichts mit Pessimismus zu tun. Ich finde, es war ein sehr wichtiger Prozess. Ich finde, dass hier viel erarbeitet wurde und mit dem Aktionsprogramm für Bremen sehr viel Material erarbeitet wurde, das in der Schublade verkümmert. Ich finde es eigentlich unerträglich, wie auch mit den Menschen dort umgegangen wird, und erwarte, dass hier endgültig eine Entscheidung gefällt wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Bürgermeister Dr. Scherf: Und was fragen Sie mich jetzt?)

Ich frage Sie jetzt: Würden Sie mir richtig Ihr Wort geben, dass wir das Anfang nächsten Jahres entscheiden? Ein richtiges Bürgermeister-Wort!

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Wir haben im Senat diese Antwort abgestimmt, und ich bin ganz zufrieden damit, dass wir das als Senat gemeinsam so formuliert haben.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen: Das ist ja eine tolle Leistung!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, da bleibt mir nichts mehr übrig!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „Vergabe von ÖPNV-Linien durch die BSAG an andere Busunternehmen“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Liess, Jägers, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Liess** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele ÖPNV-Linien beziehungsweise Streckenkilometer in Bremen und Bremen-Nord werden im Auftrag der BSAG von anderen Busunternehmen bedient?

Zweitens: Auf welchen der an Dritte vergebenen Linien und für welchen Zeitraum sind Busse eingesetzt, die nicht den Belangen von mobilitätsbehinderten Fahrgästen entsprechen?

Drittens: Was beabsichtigt der Senat zu tun, damit künftig auf allen ÖPNV-Linien in Bremen und in Bremen-Nord die im bremischen ÖPNV-Gesetz festgelegten Qualitätsstandards und die politisch beschlossene Ausrüstung mit Niederflurtechnik und Hebebühne eingehalten werden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Hierzu hat die BSAG folgende Angaben gemacht. Insgesamt werden die zehn folgenden Linien ganz oder teilweise von anderen Unternehmen gefahren: Linie 27 von Huckelriede bis Weidedamm III abends ab 20.30 Uhr und am Wochenende; Linien 61, 62, 64 vom Hauptbahnhof bis Sandhausen, Seehausen und GVZ; Linie 81 von Gröpelingen über Industriehäfen nach Riesport nur am Wochenende; Linien 656, 658,

659 Schülerverkehr Ritterhude, Ihlpohl, Osterholz-Scharmbeck; Linie 676 von St. Magnus über Vegesack, Schwanewede nach Hagen; Linie N 8 beziehungsweise Nachttaxi von Blumenthal nach Schwanewede.

Zu Frage zwei: Der Einsatz von Bussen, die nicht den Belangen von mobilitätsbehinderten Fahrgästen entsprechen, erfolgt nur im Schülerverkehr in Bremen-Nord und am Wochenende auf der Linie 81. Alle anderen fremdvergebenen Verkehre werden mit Niederflurbussen gefahren, wobei diese Busse zum Teil eine Rampe als Einstiegshilfe haben.

Zu Frage drei: Das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Bremen fordert die Berücksichtigung der Belange mobilitätsbehinderter Fahrgäste mit der Formulierung: „Den Belangen von mobilitätsbehinderten Fahrgästen und von Frauen ist bei der Beschaffung von Fahrzeugen sowie bei der Planung und Ausgestaltung von Anlagen des öffentlichen Personennahverkehrs in geeigneter Weise Rechnung zu tragen.“

Bereits in der Vergangenheit hat der Senat in diesem Sinne darauf hingewirkt, dass die Bremer Straßenbahn AG bei Fahrzeugneubeschaffungen ausschließlich Busse und Straßenbahnfahrzeuge in Niederflurtechnik mit Hublift erworben hat. Der Senat wird diese Politik auch in Zukunft fortsetzen.

Der Senat wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass die BSAG auch bei der Vergabe von ÖPNV-Leistungen im Rahmen eigener unternehmerischer Entscheidungen den Belangen mobilitätsbehinderter Fahrgäste im Sinne des bremschen ÖPNVG Rechnung trägt.

Zusätzlich wurden von den Beschlussgremien des Zweckverbandes ZVBN und der VBN-GmbH Qualitätskriterien für die im straßengebundenen ÖPNV eingesetzten Fahrzeuge verabschiedet, die zukünftig zur Anwendung gelangen werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage?

(Abg. Liess [SPD]: Nein, danke!)

Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, weitere Anfragen in der Fragestunde liegen nicht mehr vor.

Damit ist der Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Frau Krusche, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Den Bredenplatz nicht als Bauplatz verscherbeln!

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Hattig und Frau Senatorin Wischer.

Meine Damen und Herren, als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Grünen haben heute eine Aktuelle Stunde beantragt mit dem Titel „Den Bredenplatz nicht als Bauplatz verscherbeln!“, weil wir sowohl das Verfahren, über eine Zeitungsannonce einen städtischen Platz zu verkaufen, als auch die Planungsinhalte, nämlich einen öffentlichen Platz komplett zu bebauen, für völlig inakzeptabel halten, meine Damen und Herren. Ich hoffe, dass die Mehrheit dieses Hauses einem solchen Verfahren nicht zustimmt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, man könnte meinen, dass in Bremen das Spiel Monopoly von einigen Stellen betrieben wird: Wer das meiste bietet, der kann zukünftig hier in der Stadt ein Stück Straße, einen öffentlichen Platz erwerben. Dies kann aber nicht im Interesse einer städtebaulichen Entwicklung sein. Hier muss man doch ein sorgfältiges Verfahren anwenden und zunächst einmal diskutieren, was man an dieser Stelle der Stadt will, bevor man öffentlich Annoncen in die Zeitung setzt, um hier einen Platz zwischen Marktplatz und Weser, das heißt an einer sehr interessanten baulichen Stelle, zum Verkauf und zur Bebauung anzubieten. Hier bedarf es einer sorgfältigen Abwägung, ob es überhaupt nötig ist, ob es das Richtige ist.

Aber was ist passiert? Hier in Bremen haben offensichtlich die Investoren das Sagen und nicht mehr, wie es eigentlich sein sollte, die Stadtplanung, die zunächst einmal untersucht, was an einer solchen städtebaulich hochwertigen Stelle nötig ist. Hier zählen offensichtlich in erster Linie Investoreninteressen vor den gesamtstädtischen Interessen, und dies, meine Damen und Herren, finden wir Grünen städtebaulich völlig unverträglich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie ist es dazu gekommen? Anfang dieses Jahres haben der Wirtschaftssenator und der Finanzsenator die BIG beauftragt, diesen kleinen Bredenplatz in der Zeitung zu vermarkten. Im „Weser-Kurier“ erscheint daraufhin am 21. November eine Anzeige, es gibt Bewerber, und dies alles, ohne dass der Beirat sich mit diesem Thema beschäftigt hätte, ohne dass die Baudeputation einen Planaufstellungsbeschluss zu diesem Zeitpunkt gefasst hätte! Dies ist doch ein Verfahren, das weder demokratisch ist, noch dem Ansehen Bremens gut tut, weil diese Stadt es nicht verdient, dass man mit öffentlichen Räumen so wahllos umgeht, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zugegeben, der Bredenplatz führt heute ein Schattendasein. Er ist verstellt von Fahrradstellplätzen, es steht die eine oder andere Skulptur dort, augenblicklich stehen dort auch noch Baucontainer. Sicher, er ist völlig untergenutzt, aber welche Chance könnte dieser Platz zukünftig haben, gerade vor dem Hintergrund, dass der Marktplatz neu gepflastert werden soll und das Telekom-Gebäude und die Wertpapierbörse umgebaut werden! Alles dies sind doch städtebauliche Maßnahmen, die auch Auswirkungen auf den Bredenplatz haben.

Wenn man sagt, dass wir das alte Gebäude des Häfensensors nicht mehr brauchen, wenn man es denn abrisse, dann entsteht selbstverständlich ein völlig neuer Raum, ein Raum, in dem man sich eine neue Platzgestaltung vorstellen könnte. Dieser Platz hier liegt in der Sonne, er liegt in Richtung Weser. Da kann man doch nicht einfach sagen, wir bauen diesen Platz komplett voll mit einem Hotel oder Bürogebäude, dann noch über die Martinstraße überkragend! Das heißt, hier ist ein Grundstück, auf dem es viele Möglichkeiten gäbe. Hier nur einer einzigen Möglichkeit die Tür offen zu lassen, kann keine Stadtentwicklungspolitik sein, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

An welcher Stelle in der Stadt wäre es nicht notwendig, sorgfältig vorher abzuwägen! Was ist an einem solchen Platz sinnvoll, wie schaffe ich attraktive Wegebeziehungen hin zur Weser, wie schaffe ich es, die Weser und die City miteinander zu verbinden? Das schaffe ich doch nicht, indem ich dort einen neuen Riegel schaffe, durch den man zukünftig nicht einmal vom Marktplatz her die Martinikirche sehen wird. Das ist doch keine Attraktivitätssteigerung! Im Gegenteil, hier wird ein neuer Riegel zwischen Martinstraße und Weser

geschaffen. Das wollen wir doch gerade verhindern, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

An dieser Stelle hätte man, bevor man Zeitungsannoncen macht, einen ordentlichen städtebaulichen Wettbewerb vorschalten müssen, hier hätte es ein Gutachten geben müssen über die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten dieses Platzes, damit er dann wirklich einmal eine zusätzliche neue Zierde für Bremen werden kann. Dies haben Sie mit Ihrem Verfahren bisher völlig verhindert. Daher fordere ich die Koalition eindringlich auf, von diesem Verfahren absolut Abstand zu nehmen, dieses Verfahren aufzuhalten, denn, Kollege Sieling, auch das, was Sie jetzt so großartig als Erfolg gefeiert haben, dass Sie nämlich in der vergangenen Baudeputationssitzung ein paar neue Planungsziele in den Deputationsbeschluss aufgenommen haben, heilt dieses Verfahren nicht.

Dieses Verfahren kann nur geheilt werden, wenn man statt einer solchen Ausschreibungspolitik zugunsten privater Investoren ein demokratisches, öffentliches, transparentes Verfahren unter Einbeziehung der interessierten Bürgerinnen und Bürger, unter Einbeziehung des Beirates, unter Einbeziehung des Parlaments und der Baudeputation durchführt. Wenn man hier ein ordentliches Verfahren macht, dann kann daraus auch etwas Vernünftiges werden. So, wie Sie dieses Verfahren abwickeln wollen, sehe ich für die Zukunft des Bredenplatzes schwarz.

Ich hoffe, dass die Koalition sich heute dazu durchringen kann zu sagen,

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Gerade heute!)

wir stoppen dieses undemokratische, städtebaulich unverträgliche Verfahren und fangen noch einmal ganz von vorn an, denn Bremen hat es verdient, dass man sich für solche Projekte Zeit nimmt, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will hier überhaupt nicht verhehlen, dass das Verfahren der Interessenbekundung für dieses Grundstück mich und auch die gesamte sozialdemokratische Fraktion außerordentlich verärgert hat. Das ist ein Vorgehen, ein öffentliches Grundstück auszuschreiben oder in den Markt geben zu wollen, ohne vorher mit den

entsprechenden parlamentarischen Gremien zu sprechen und Beschlussfassungen abzuwarten, das nicht geht. Das darf nicht Schule machen, das müssen wir korrigieren, und da müssen wir aufpassen, dass alle Institutionen, ob es Ämter sind oder GmbH, lernen, wie die Spielregeln sind und wie solche Dinge abzusetzen sind, denn es kommt in der Tat hier darauf an, etwas Vernünftiges für Bremen herauszuholen, und wir müssen bei jeder öffentlichen Ausschreibung dafür sorgen, dass sie in einem sauberen Verfahren ordentlich abgewickelt wird. Darum war das ärgerlich und falsch!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es war richtig ärgerlich, und das muss man sich noch einmal vor Augen führen. Die Baudeputation hatte einen Bebauungsplan vorliegen, der in der Tat - ich komme gleich in der Sache noch einmal dazu - ausgesprochen bescheiden war im Hinblick auf die Planungsziele, ganz schmal, ganz dünn. Die Baudeputation hat das normale Verfahren - Frau Krusche, das machen wir, glaube ich, immer wieder - ausgesetzt, weil der Beirat beraten wollte. Wir setzen immer aus, wenn der Beirat beraten will, denn das gehört auch zur Demokratie. Dass aber dann eine Gesellschaft wie die BIG, ohne sich zu erkundigen, ob eine Deputation beschlossen hat, einfach zur Ausschreibung schreitet, weil sie glaubt, wenn das Ressort etwas vorlegt, dann beschließen es die Deputierten schon, ist nicht nur ein gewaltiger Irrtum, das ist eben auch ein Vorgang, der so nicht gehen kann. Da funktioniert offensichtlich die Kommunikation zwischen Ämtern und GmbH nicht. Das ist ein Thema, das wir hier oft hatten. Das muss deutlich korrigiert werden und sich deutlich verändern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen jetzt über zwei Dinge reden: zum einen über das Verfahren, ich komme gleich noch einmal darauf zurück, und wie wir damit umgehen! Ich glaube, wir haben in der Baudeputation - das sehe ich ganz anders als Sie, Frau Krusche - das Ganze ordentlich eingefangen, auf den richtigen Weg gebracht und jetzt dafür gesorgt, dass es nicht so weitergeht, wie es ursprünglich gedacht war.

Zu der Sache selbst, Bredenplatz: Wer ihn kennt, muss doch erst einmal zur Kenntnis nehmen, dass dieser Platz ein Schattendasein führt in Vorderfront des bisherigen früheren Hafenressorts, ein jetzt leer stehendes Gebäude. Dieser Platz liegt an einer der meistbefahrenen Straßen der Innenstadt. Dort bekommt man natürlich nur schwerlich eine beschauliche Platzsituation hin.

Es ist deshalb richtig, vor allem vor dem Hintergrund, dass dort ein öffentlich genutztes Gebäude, nämlich das des Hafenressorts, leer steht, dass der Senat seiner Grundsatzbeschlussfassung folgt, die Flächen und die Immobilien mobilisieren will und diese zum Verkauf bringt. Ich finde es erstens richtig, dass man sich darum bemüht, es anzugehen, und zweitens finde ich es nicht zielführend, wenn wir am Ende ein Ergebnis hätten, bei dem wir den Platz in seiner jetzigen Form oder auch in seiner jetzigen Größe beibehalten und aufrechterhalten. Er kann und muss bebaut werden.

Ich will im Übrigen daran erinnern, dass es 1993/1994 eine Diskussion gegeben hat. Damals hat man die Auffassung vertreten, diesen Platz so zu erhalten. Dort haben wichtige Erneuerungen stattgefunden. Dieser Mann mit dem Vogel ist zum Beispiel aufgestellt worden. Das war aber, wenn man heute die Vorlagen durchsieht, eine andere Situation. Da hat man noch diskutiert, ob man die Martinstraße verkehrsberuhigt. Da hat man noch ganz andere Vorstellungen gehabt, da passte es vielleicht. Ich finde aber, dass die Zeit seitdem gezeigt hat, dass dieser Platz nicht vernünftig, aktuell und gut für die Stadt zu gestalten ist. Aber es gibt ein paar Kriterien und Anforderungen, und die haben wir in der Baudeputation aufgestellt. Das ist unsere Aufgabe, diese aufzustellen.

Wir brauchen natürlich eine vernünftige Verbindung zwischen der Weser und dem Marktplatz. Das - das gehört ja ein Stück weit auch zum Verfahren -, was sich das Planungsamt gemeinsam mit der BIG ausgedacht hat, ist natürlich ein Übel. Man fragt einen Architekten, lässt sich von ihm etwas darlegen mit einer möglichst großen Quadratmeterzahl und präsentiert dann einen Klotz, unattraktiv bis zum Gehnichts mehr, der wirklich nichts dazu beitragen würde, die Attraktivität Bremens zu erhöhen und dafür zu sorgen, dass hier Leben in die Stadt kommt. Nichts dazu beizutragen und mit einem Entwurf zu arbeiten, Frau Krusche, da bin ich völlig Ihrer Meinung: So geht es nicht! Es ist auch eine verkommene Kultur, wenn wir so vorgehen, deshalb muss es in diesem Zusammenhang deutlich geändert werden.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Entwurf sieht auch noch vor, die Bredenstraße selbst als Verbindung zu einer schmalen Gasse zu machen. Ich musste mir ein wenig den Bauch halten, als ich das Argument hörte, man wolle die historische Gassensituation wiederherstellen. Den Bauch musste ich mir deshalb halten, weil man, wenn man da argumentiert, man will die historische Situation wiederherstellen, kein siebengeschossiges Gebäude planen kann, denn

das war, glaube ich, im Mittelalter anders. Da war das Verhältnis von Gasse zu höherer Bebauung ein anderes.

Darum ist es doch richtig, dass wir in der Baudeputation vorgegeben haben, wir wollen eine attraktive Verbindung, und ich sage, ich will auch eine vernünftige Eingangssituation von der Seite der Martinistraße und eine vernünftige Eingangssituation von der Seite des Marktplatzes und kann mir nicht vorstellen, dass wir hart an der Martinistraße lang die Kanten bebauen mit siebengeschossigen Gebäuden. Das führt zu nichts. Das wäre in der Tat eine schwache Attraktivität, und darum haben wir das als Baudeputation vorgesehen. Das heißt nicht, um das deutlich zu sagen, dass der Platz in der jetzigen Größe bleibt. Eine vernünftige Eingangssituation kann ein vernünftiger, schön zu nutzender Vorplatz sein mit Gastronomie und anderen Dingen, sozusagen auch lebendig gestaltet.

Der zweite Punkt ist die Frage der Höhe. Sie wissen es, da haben wir gesagt, das Gebäude darf nicht höher sein als die nebenliegenden Gebäude, denn es kann doch zu nichts führen, wenn ich von der Weser komme und ich sehe das Dahinterliegende nicht, die Handelskammer nicht und so weiter, wenn da Sichtachsen verstellt sind. Genau so ist es natürlich nicht möglich - -.

(Zuruf des Abg. Kastendiek [CDU])

Da müssen Sie eine Brille aufsetzen, das tut mit leid, wenn Sie nicht sehen, dass es dort Beziehungen gibt! Herr Kollege Kastendiek, das wissen Sie ganz genau, darum haben wir an anderen Stellen dafür gesorgt, dass das offen bleibt.

(Abg. Focke [CDU]: Da muss man um die Ecke sehen!)

Auch Herr Focke hat ja in der Baudeputation die Beschlussfassung richtigerweise mitgetragen, dass wir nämlich auch dazu kommen, die so genannte Auskragung, also einen Balkonüberbau in Richtung der Martinistraße, zu verhindern.

Jetzt möchte ich zum Schluss noch einmal zum Verfahren sagen: Das, was die BIG eingeleitet hat, ist ja ein Interessenbekundungsverfahren. Dieses Interessenbekundungsverfahren hat nach dem, was uns in der Baudeputation vorgetragen wurde, zu 19 Bewerbungen geführt. Diese 19 Bewerbungen müssen nun natürlich Investitionskonzepte, aber auch städtebauliche Konzepte und Architekturkonzepte vorlegen. Jetzt ist die Frage, wie man damit umgeht, wie man dafür sorgt, dass unter den 19 Bewerbern ein vernünftiger Wettbewerb stattfinden kann und wer sich das ansieht.

Darum finde ich es auch gut und richtig, dass wir als Baudeputation gesagt haben, da spielen wir mit. Das kann nicht nur Experten überlassen bleiben, das kann auch nicht nur denen überlassen bleiben, die das Geld hereinholen oder vermarkten wollen, sondern wir haben den Verfahrensweg gewählt, dass die drei baupolitischen Sprecher an dieser Auswahl beteiligt werden.

Eine Selbstverständlichkeit ist ja wohl, Frau Krusche, für Herrn Pflugradt und mich gilt das genauso, dass wir diese Informationen und diese Entscheidungen zurückspielen in die Baudeputation und dass das natürlich keine Angelegenheit ist, bei der wir in einem kleinen Auswahlzirkel bleiben. So ist es natürlich ganz und gar nicht gedacht. Ich sehe darin jetzt die Chance, mit dieser Heilung, die wir eingeleitet haben, das verkorkste Verfahren wieder auf den richtigen Weg zu bringen, dafür zu sorgen, dass da städtebaulich das Richtige für Bremen herauskommt und ein Platz ordentlich vermarktet wird. Da kann es uns doch nur darum gehen, Flächen vernünftig zu vermarkten.

Wovon ich gar nichts halte, Frau Krusche, und das betrifft auch die Position des Ortsamtes Mitte, die Herr Bücking vorgetragen hat, ist, dass wir jetzt, eingedenk der Tatsache, dass wir dort schon ein leer stehendes Gebäude haben und dass wir an vielen Stellen dieser Stadt das Problem haben, zügig und zeitgerecht zu Vermarktungen zu kommen, uns lange Gutachterphasen erlauben, obwohl es über diesen Platz eben schon viele Überlegungen gegeben hat und ich eigentlich gar nicht weiß, was bei einem neuen Gutachten Neues herauskommen soll. Ich finde es richtig, dass wir verhindern, dass dort eine Brache erzeugt wird. Das wäre meine Sorge!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe ein Interesse, dass wir ein zügiges Verfahren durchführen, aber ein ordentliches Verfahren. Ich glaube, die Weichen haben wir gestellt. Wir bleiben zügig, machen es richtig, ordentlich und sauber und werden ein gutes Ergebnis für Bremen dabei herausbekommen. Da bin ich ganz optimistisch. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über den Redebeitrag meines Vorredners bin ein bisschen erstaunt, weil er genau den Sachzusammenhang kennt, das Verfahren kennt und auch genau weiß, was wir beschlossen haben. Wenn mein Vorredner hier kriti-

siert, weil die SPD-Fraktion sehr verärgert ist, dann ist er über das Bauressort verärgert. Den Halbsatz hat er nur verschluckt, denn Fakt ist, dass das Bauressort diesen Platz zur Bebauung vorgeschlagen hat, dass das Bauressort nicht die BIG informiert hat, obwohl anderes verabredet war, dass das Bauressort hier geschlafen hat. Das könnte man so interpretieren, wenn man Ihre Verärgerung so nimmt.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Informationen als Bring-schulden?)

Herr Logemann hat ja entsprechende Äußerungen auch in der letzten Baudeputation gemacht. Ich muss sagen, ich will das Bauressort gar nicht so kritisieren. Das will ich ehrlich sagen. Das ist nicht optimal gelaufen, aber man muss es doch noch einmal sagen dürfen: Wenn das Bauressort Fehler macht, dann sagen wir es, wenn es keine Fehler macht, muss es auch gesagt werden von unserer Seite. Das ist unsere Aufgabe hier, jedenfalls nehmen wir das so wahr!

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen doch gemeinsam, dass das Interessenbekundungsverfahren dergestalt ist, dass sich Leute jetzt melden können, dass in diesem Interessenbekundungsverfahren etwas eingeleitet worden ist, was unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Gremien steht. Genauso wissen wir auch gemeinsam, die wir jedenfalls tagtäglich in der Baudeputation sitzen,

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Tag-täglich?)

dass wir ein Bauverfahren eingeleitet haben, das jetzt weitergeht mit der Bürgerbeteiligung, mit der öffentlichen Anhörung, mit der öffentlichen Auslegung und so weiter. Ein langes Verfahren! Manche sagen ja auch, ein viel zu langes Verfahren! Alles, was da noch an Bürgerbeteiligung, an Anhörungen kommen muss, kommt noch, und das steht alles unter dem Vorbehalt der parlamentarischen Gremien, jedenfalls so, wie es in den Vorlagen steht. Insofern kann ich sagen, selbst wenn da ein kleiner Fehler passiert ist, ist das Verfahren insgesamt nun wirklich für meine Begriffe kein Grund zur Verärgerung. Da kann man an anderen Stellen viel häufiger verärgert sein.

(Beifall bei der CDU)

Punkt zwei: Wenn ich da höre, da wäre eine Heilung vorgenommen worden, muss ich einmal sagen, dass ich vielleicht nicht ganz geheilt bin.

(Heiterkeit - Beifall bei der SPD)

Was ist denn Fakt? Ursprünglich war eine achtgeschossige Bebauung vorgeschlagen worden. Bei dem Interessenbekundungsverfahren ist eine siebengeschossige Bebauung vorgeschlagen worden. Herr Dr. Sieling wollte eine sechsgeschossige Bebauung.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Mit Dachgeschoss!)

Das hat er vorgeschlagen, eine sechsgeschossige Bebauung inklusive Dachgeschoss. Das war sein Vorschlag, so kam er in die Koalitionsrunde. Was haben wir beschlossen? Wir haben eine sechsgeschossige Bebauung plus Dachgeschoss beschlossen. Das ist exakt das, was die BIG ausgeschrieben hat. Das ist eine Heilung!

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine wundersame Heilung, Herr Dr. Sieling! Ich jedenfalls verstehe das nicht so besonders.

Was haben wir noch beschlossen? Es ist vorgeschlagen worden, den Platz zu bebauen und das Gebäude abzureißen. Was haben wir verändert? Nichts! Der Platz wird bebaut, das Gebäude wird abgerissen. Das ist eine Heilung! Eine wundersame Heilung, muss ich sagen. Ich kann das nicht so ganz verstehen. Vielleicht gibt es irgendwelche Gründe, besondere Erfolge vorweisen zu müssen, dass man nun sagt, wir haben da besonders etwas erreicht. Ich habe da keine materiellen und substantiellen Veränderungen erlebt, jedenfalls haben wir die nicht so beschlossen.

Worüber wir uns einig sind, ist, das bedeutet aber auch keine Veränderungen, dass, nachdem die Schlachte umgestaltet worden ist, nachdem die Martinistraße umgestaltet worden ist, die Obernstraße umgestaltet worden ist, die Parallelverbindungen, es jetzt darauf ankommt, die Querverbindung noch ein Stück weit zu verbessern, damit das Wegesystem sich verbessert. Nachdem auf dem Domshof das Café steht, der Marktplatz umgestaltet wird im nächsten Jahr, das Telekom-Gebäude umgestaltet und umgebaut wird mit der Passage, die Wertpapierbörse umgestaltet wird, kommt es gerade in diesem Bereich besonders darauf an, hier auch diese Lücke, die zu einer Leere führt, zu schließen.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Darüber kann man natürlich gackern! Das sind natürlich besondere Argumente, aber gut! Ich will nur sagen, wir glauben, wenn wir das nehmen, was da insgesamt geplant und vorgesehen ist, mit dem, was schon umgestaltet ist, was umgestaltet wird, wird sich hier eine vernünftige Wegeverbindung vom Marktplatz über die Bredenstraße hin zur Schlachte entwickeln, und deswegen halte ich das auch für ganz besonders wichtig, dass wir hier zu einer Bebauung kommen. Mit dem Interessenbekundungsverfahren, mit den Architekturvorschlägen, die ja gemacht werden sollen, werden wir natürlich auch ein bestimmtes Auswahl-system haben.

Es ist von Anfang an klar gewesen, das ist auch immer gesagt worden, wir haben jetzt einen Plan-aufstellungsbeschluss gefasst, wenn es denn einen Investor gibt, werden wir das Verfahren in Form eines Vorhabenbeschlussplans durchführen. Auch dies ist alles schon in der Vorlage angesprochen worden. Insofern kann ich es nur wiederholen und sagen, dass hier ein vernünftiges Verfahren für eine vernünftige Sache auf den Weg gebracht worden ist. Ich komme pünktlich zum Schluss, Herr Präsident!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir hatten verabredet, uns zu einer Gedenkminute zu erheben. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute sind drei Monate vergangen, seit die Terroranschläge von New York, Washington und Pennsylvania uns alle erschütterten. Jetzt, um 14.46 Uhr, werden die Menschen weltweit auf Initiative des amerikanischen Präsidenten zum Angedenken an die Opfer eine Gedenkminute einlegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen, dass Sie sich erhoben haben.

Als nächster Redner hat das Wort Senator Hattig.

Senator Hattig: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die BIG und die Bremer Gewerbeflächen-Gesellschaft mbH, BGG, wurden vom Senator für Wirtschaft und Häfen beauftragt, das städtische Grundstück Bredenplatz zu veräußern. Die Entwicklung des Objektes ist Bestandteil des Projektes Entwicklung Passagenviertel, das im Sofortprogramm Innenstadt/Nebenzentren enthalten ist. Die Wirtschaftsförderungsausschüsse haben in ihrer Sitzung am 15. November 1998 dieses

Sofortprogramm Innenstadt/Nebenzentren beschlossen und mit diesem Beschluss der Rückführung von Grundstückserlösen prinzipiell zugestimmt. Der Senator für Finanzen hat dem Verfahren zur Ausschreibung am 7. Dezember 2000 zugestimmt.

Im Rahmen der Überlegungen über die weitere Nutzung des Grundstücks und die damit verbundenen städtebaulichen Aspekte sind die BIG und der Senator für Wirtschaft und Häfen an das Amt für Stadtplanung und Bauordnung herangetreten. Auf Empfehlung dieses Amtes hat die BIG in Abstimmung mit dem Amt ein städtebauliches Gutachten über die Bebauung des Bredenplatzes anfertigen lassen, Gutachter war Professor Wiking aus Hamburg.

Danach, also aufgrund dieser gutachtlichen Äußerung, haben sich zwei Alternativen als Grundlage für eine Ausschreibung herausgebildet. Bei der Ausschreibung ist die Stadtgemeinde Bremen hinsichtlich der Form der Ausschreibung oder der Bekanntmachung an keine rechtlichen Vorgaben gebunden. Die Bremische Gewerbeflächen-Gesellschaft, also die BGG, hat sich für eine bedingte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb entschieden. Eine Beteiligung parlamentarischer Gremien war zu diesem Zeitpunkt rechtlich nicht vorgeschrieben. Die Ankündigung für einen Teilnahmewettbewerb erfordert die Zustimmung der Baudeputation, keine Befassung in den Beiräten. Hier ist der auch von mir bedauerte Fehler passiert, da die Vorlage in der Baudeputation ausgesetzt war und die BGG keine Kenntnis davon hatte. So ist die Ausschreibung erfolgt, das hat Herr Pflugradt gerade ausgeführt.

Das weitere Vorgehen! Die Baubehörde und die BGG werden Stellungnahmen von den Beiräten und Ortsämtern im Zuge der Erteilung der Baugenehmigung und beim tatsächlichen Verkauf des Grundstücks einholen. Dass Investoren, Frau Krusche, in Bremen das Sagen hätten, ist meiner Wahrnehmung bisher entgangen. Vielleicht hat Sie bei dieser Feststellung der vorweihnachtliche Kerzenglanz ein wenig geblendet.

Insgesamt ist meine Feststellung: Es wurde sachgerecht gearbeitet! Es gibt keinen Grund zur Beanstandung. Das übliche Verfahren wurde und wird eingehalten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist viel über das

Auftaktverfahren gesagt worden. Es gibt manchmal suboptimale Starts, das muss man hier an dieser Stelle einräumen. Ich denke aber, dass dies in der Deputation für Bau hinlänglich diskutiert worden ist und von daher das Verfahren für die Zukunft völlig geklärt ist. Ich will mich nicht daran beteiligen, wer hier Schuld hat, das führt auch nicht weiter, sondern ich räume einfach ein, insgesamt war es vielleicht für diese Maßnahme kein ganz glücklicher Start. Ich habe es aber so verstanden, dass man nach einer intensiven, sachlichen Deputationssitzung, an der ich leider nicht teilnehmen konnte, in der Sache, jedenfalls die Koalitionsfraktionen, doch einig gewesen ist.

Dann komme ich zur Sache. Da muss ich Ihren Vorstellungen, Frau Krusche, ehrlich gesagt widersprechen. Sie haben gesagt, die Planungsinhalte seien völlig inakzeptabel. So, wie die Debatte jetzt auch in der Baudeputation geführt worden ist, kann ich diesem Ansatz nicht folgen. Wir reden hier nicht über einen ehemals historischen Platz, der jetzt irgendwie versaubüdet wird, sondern wir reden über eine Fläche, die aufgrund der Kriegsereignisse in diesen Zustand versetzt worden ist. Jetzt kann man natürlich zugegebenermaßen die Frage stellen: Wenn wir nun schon so eine Situation haben, will man dann in eine andere Richtung gehen? Ich glaube aber, dass das, was konzeptionell, einschließlich all der Anregungen, die aus der Deputation gekommen sind, angedacht wurde, an dieser Stelle in der Tat der richtige Weg ist.

Ich glaube, dass man Platzsituationen, wenn Sie den Bredenplatz mit dem Marktplatz vergleichen, nicht vergleichen kann, sondern wir haben hier an dieser Stelle eine andere Ausgangssituation. Es ist von Herrn Dr. Sieling schon angesprochen worden, dass dieser Platz eine ganz andere Situation als Rahmen hat, als es an anderen Plätzen der Fall ist. Ich bin sehr mit Ihnen einverstanden, dass Plätze ein ganz wichtiger Bestandteil von Lebensqualität, aber auch von stadtgestalterischen Aspekten sind. Es trifft aus meiner Sicht auf diesen Bereich nicht zu.

Ich glaube, und das ist in Ihrem Beitrag anders formuliert worden, dass mit dem, was jetzt verabredet worden ist, gestalterisch an dieser Stelle zu machen, eine unglaubliche Chance besteht, dass man hier nicht nur im Sinne von Herrn Sieling innenstadtdflächen nutzt und verdichtet, sondern auch in stadtbaulicher Hinsicht eine Arrondierung vornimmt, wie sie einmal gewesen ist. Natürlich, Herr Dr. Sieling, kann man nicht ganz den historischen Rückschlag machen. Ich glaube aber schon, dass man das, was wir an Straßenstruktur in diesem Bereich und in der Kleinzeitigkeit haben, ruhig aufnehmen sollte - eingedenk all der Maß-

gaben, die von Ihnen in der Deputation gemacht worden sind - und dass man natürlich im Auge haben muss, dass diese Verbindung eine attraktive hin zur Weser wird. Das ist doch unser Anliegen, dass wir alle Straßenführungen, die zur Weser hin führen, attraktiver gestalten müssen.

Dazu gehört aus meiner Sicht, dass an dieser Stelle eine sinnvolle, all die Anregungen aufnehmende Kantenbebauung stattfindet, bei der für uns ganz wesentlich sein wird, dass sie auch hinsichtlich dem, was da hineinkommt, attraktiv wird, um da entlangzugehen. Im Augenblick kann ich, tut mir Leid, nicht empfinden, dass es attraktiv ist, in diesen Bereich hineinzugehen. Dies ist also als Chance zu nutzen, hier durch eine große urbane Gestaltung innenstadtbezogen einen größeren Anreiz zu schaffen, da überhaupt entlangzugehen.

Sie müssen es ja auch immer mit den Augen - nicht nur den bremischen Augen - derer betrachten, die wir als Gäste in diese Stadt holen wollen. Darum muss ich Anreize schaffen, um überhaupt um die Ecke herum in diesen Bereich hinein zu können. Dazu soll es ja unterschiedliche Vorschläge geben. Mit einem solchen Wettbewerb gibt es dann die Möglichkeit, das herauszufinden und gemeinsam zu beraten, was am attraktivsten ist, um die Qualität, die Sie angesprochen haben, auch unter Berücksichtigung einer Verbindung zur Weser an dieser Stelle zu gestalten.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich glaube, dass wir mit dem, was die Deputation beraten hat, eigentlich alle Voraussetzungen geschaffen haben, damit dieser Prozess transparent weitergeführt wird, dass es eine Diskussion darüber gibt, was das Angemessene ist, und damit das, was jetzt am Anfang vielleicht ein wenig Murren in der Verfahrensfrage ausgelöst hat, dem inhaltlichen untergeordnet werden kann, denn inhaltlich muss man sich am Ende entscheiden, was man will. Ich glaube, die Tendenz, die wir jetzt zwar offensichtlich nur mehrheitlich aus der Deputation heraus als Wegweisung haben, ist ein guter und richtiger Weg. Insofern noch einmal: Ihre Auffassung, was die städtebauliche Entwicklung anbelangt, kann ich an dieser Stelle nicht teilen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Pflugradt, ich gebe Ihnen in einem Recht, von Heilung kann keineswegs die Rede sein. Die paar Sätze, die die Baudeputation letzten Donnerstag

eingefügt hat, ändern nichts an dem, was vorher an Mist gebaut wurde. Insofern haben Sie Recht, Kollege Pflugradt. Deswegen bleiben wir auch bei der Ablehnung eines solchen Verfahrens.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Senatorin Wischer und auch Herr Senator Hattig, es ist noch nicht verstanden worden, worum es mir geht.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Mir geht es darum, dass es hier um einen öffentlichen, der Stadt gehörenden Platz geht. Es geht um Städteplätze, die gehören Bremen, bisher jedenfalls. Ich erinnere nur einmal daran, es gab auch den Grünenkamp. Auch das war ein städtischer Platz in der Neustadt. Da kam die Firma Beck und Co daher und sagte, wir brauchen dringend eine neue Abfüllanlage! Selbstverständlich, sagte die Stadt, bekommt die Firma Beck und Co einen Platz, den Grünenkamp. Der Neustadt wurden große Versprechungen gemacht, dass sie Ersatz dafür erhält. Was haben wir heute auf diesem ehemaligen städtischen Platz? Seht es euch einmal an, ihr Lieben, was da heute steht! Paletten stehen da herum. Es ist ein großer städtebaulicher Verlust für die Neustadt, diesen Grünenkamp aufzugeben und eben keine qualitative Verbesserung erreicht zu haben.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Seit wann sind die Grünen traurig, wenn Parkplätze verloren gehen?)

Deswegen, weil das so ist und weil wir hier schlechte Erfahrungen gemacht haben, sehe ich sehr genau hin, Herr Kollege Eckhoff, wie wir mit unseren öffentlichen Plätzen umgehen!

Da glaube ich sehr wohl, es geht nicht nur darum zu sagen, ein paar Investoren können jetzt einmal ihre Gedanken zu Papier bringen. Nein, es geht darum, dass die Stadt, das Bauressort, das Planungsamt, die städtebaulichen Vorgaben macht und sagt: Was können wir uns an dieser Stelle vorstellen? Was ist verträglich, was ist stadtteilunverträglich? Was sollen die Ziele sein? Eine Wegeverbindung zur Weser, eine Öffnung zur Weser? Will man einen neuen Platz schaffen? Wie schafft man es, einen neuen Platz zu schaffen? Schafft man das durch Abriss, durch Umnutzung, durch Teilbebauung, durch Komplettbebauung? Das sind doch alles Fragen, die überhaupt nicht erörtert wurden! Kein Mensch, kein Bürger hatte hier je Gelegenheit, sich damit auseinander zu setzen. Nein, es geht so, dass die BIG eine Annonce in die Zeitung setzt! Das ist keine Stadtplanung, und das ist das, was ich kritisiere.

Man kann hinterher immer zu Lösungen kommen, aber nur dann, wenn man dann die kreativsten Köpfe, die besten Köpfe auffordert, sich darüber Gedanken zu machen und diese einer breiten Öffentlichkeit zur Diskussion vorzulegen, also einen öffentlichen städtebaulichen Wettbewerb auszuschreiben. Dann hat man die Chance, hier wirklich ein gutes Ergebnis zu erzielen, das eine längere Zeit überdauert, als mögliche heutige Investoren in diesen Gebäuden leben werden, so dass die Menschen einen Gefallen daran haben. Schließlich baut die Stadt nicht nur für fünf Jahre, sondern für 100 Jahre. Wir wollen an dieser Stelle etwas Hochwertiges und nicht einen Klotz, der eine zusätzliche Schneise zementiert, sondern einen neuen Platz kreativ gestalten. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte nicht erwartet, dass wir in dieser Debatte eine Diskussion bekommen, in der sich sowohl die Grünen, das überrascht mich nicht so, als auch unser Koalitionspartner vom Inhalt der Beschlussfassung der Deputation am letzten Donnerstag verabschieden und sagen, so war das nun nicht, und so soll das alles nicht gemeint sein.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Es lebe die parlamentarische Kontrolle!)

Frau Krusche, dass Sie das jetzt nicht als Heilung empfinden, kann ich nur vor dem Hintergrund verstehen, dass Sie ja auch keine Heilung wollten. Auf eine richtige Lösung des Problems kam es Ihnen ja nicht an. Ihnen kam es darauf an, das war auch gesagt worden, hier das Verfahren ein Stück kaputtzumachen und dafür zu sorgen, dass sich dort ein Stück Brache darbietet und nichts passiert. Das wäre in der Tat keine Heilung gewesen. Ich finde, wir haben einen richtigen Schritt gemacht, indem wir das, wie ich vorhin schon gesagt habe, anpacken und weiterentwickeln. Das ist eine Heilung!

In Richtung unseres Koalitionspartners möchte ich an der Stelle nur sagen, ich halte es für richtig und klug, dass wir es als Deputation weiter so machen, wie wir es bei dem Bebauungsplan 2146 zum Hollerlandhof gemacht haben. Wir werden ja gleich auch zum Bebauungsplan 2197, Erweiterung des Technologieparks nach Süden, darüber diskutieren, dass wir uns daran machen und selbstbewusst sagen, da wollen wir eine gewisse Entwicklung haben und angehen.

Ich kann in dem Zusammenhang wirklich nur dazu raten, dass man auch eine gewisse Sensibilität gerade für Entwicklungen im innerstädtischen Raum an den Tag legt und wir gemeinsam dabei bleiben, genau darauf zu schauen, wie gerade bei solchen Plätzen und in solchen Situationen sich diese Stadt entwickeln soll. Ich finde, auch in der Debatte, die wir nachher um das Haus Am Wall 139 und über die Sicherung historischer Bausubstanzen führen werden, muss man darauf achten, dass man sensibel aufnimmt, was in der Bevölkerung und in diesem Bremen Tradition ist und worum es hier geht.

(Abg. Focke [CDU]: Jetzt sagt bloß noch, die Kirchenstraße ist historisch sensibel!)

Nein, das ist völlig klar! Bei der Kirchenstraße geht es allerdings um historische Wegebeziehungen, über die ja auch in dem Zusammenhang diskutiert wird. Es geht darum, dort etwas Attraktives und Ordentliches zu machen.

Ich rate nur, dass wir als Koalition weiter wachsam bleiben, das Ohr daran haben, schon manchmal Prozesse heilen müssen und Verfahren auf den richtigen Weg bringen. Ich bin der Auffassung, das ist uns gelungen, das ist uns gut gelungen. Auch wenn Sie sich vielleicht verbal davon distanziert haben, am Ende zählt das Ergebnis, und wir haben inhaltlich etwas verändert, wir machen ein ordentliches Verfahren, das ist gut! - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

144. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Grundstück Farger Straße 99

(Flurstück 238/7, VR 134; Koch'scher Hof)

Mitteilung des Senats vom 20. November 2001
(Drucksache 15/406 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das 144. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Grundstück Farger Straße 99, Flurstück 238/7, VR 134; Koch'scher Hof, beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Effektive Grundstücksausnutzung im Technologiepark Universität erhöhen

Mitteilung des Senats vom 20. November 2001
(Drucksache 15/407 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausgangspunkt für den Bericht des Senats, den wir heute vorliegen haben, liegt in einem ganz kleinen bremischen Sommertheater, das wir um die Frage der Hochhausbebauung im Technologiepark hätten. Aus dieser Diskussion, die es gegeben hat, ob es dort zu einem Bau insbesondere eines Hochhauses kommen kann oder nicht, ist ein Antrag und am Ende ein Beschluss der Bremischen Bürgerschaft entstanden, den wir hier ja auch sehr einstimmig gefasst haben. Wir haben ihn auch einstimmig eingebracht. Alle Fraktionen dieser Stadtbürgerschaft haben ihn gemeinsam gestellt, hier vorgelegt und zur Beschlussfassung gebracht. Ich finde, wir sind mit diesem Beschluss schon einen guten Schritt weitergekommen.

Der uns jetzt vorliegende Bericht des Senats zur verbesserten Grundstücksausnutzung im Technologiepark der Universität ist aber auch ein richtiger Schritt vorwärts. Er sorgt dafür, dass wir mehr Raum für die Ansiedlung von Unternehmen im Technologiepark bekommen, damit dem Technologiepark Entwicklungsmöglichkeiten geben und dazu kommen, dass dort verdichteter und ressourcenschonender gebaut wird, Infrastrukturkosten eingespart werden und insgesamt im Ergebnis auch eine vernünftige Stadtgestaltung stattfindet in diesem wirklich wichtigen und zentralen Gewerbegebiet, das wir in Bremen haben.

Ich möchte kurz auf die einzelnen Punkte noch einmal eingehen und dabei vor allem deutlich machen, dass wir im Technologiepark bisher eine Bebauung in Höhe von maximal vier Geschossen haben. Ausnahmen sind neuere Einzelgebäude, die höher gebaut werden, wie der ECOM-Tower,

ansonsten liegt die Höhe bei vier Geschossen. Der Bericht sagt hier an dieser Stelle aus, dass wir uns für zukünftige Entwicklungen an einer höheren Bauweise orientieren wollen. Es soll eine Mindesthöhe von vier Geschossen festgeschrieben werden, aber die Standardhöhe, das Ziel, sind sechs Etagen. Das ist von der Architektur und der Gestaltung das Ausmaß, wie wir es im Gewerbegebiet am Flughafen, im Gewerbegebiet Airport, haben.

Ich finde, das ist ein guter Maßstab für eine Großstadt, ein guter Maßstab für ein Oberzentrum, damit kann man sich sehen lassen. Das ist eine richtige Veränderung, auf deren Grundlage wir jetzt übrigens in der Baudeputation dann auch die Beratungen über den Bebauungsplan für die Entwicklung des Technologieparks gen Süden angehen können und auch dort diese höhere Bebauung festlegen wollen und können.

Der zweite Punkt, den ich an der Stelle erwähnen will, ist die Tatsache, dass wir im Technologiepark doch noch eine ganze Reihe von freien Flächen haben. Es ist auch seit langem diskutiert worden, dass man das angehen möchte. Dies ist noch einmal zum Ausdruck gebracht worden. Freiflächen werden bebaut. Die Universität wird teilweise Flächen abtreten, es wird zum Flächentausch kommen. Es wird eben dafür gesorgt, dass es im Innenbereich dieses Technologieparks selbst zu einer besseren Nutzung kommt und dort mehr Arbeitsplätze entstehen können, mehr Fläche genutzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Ein vergleichbares Thema ist das Thema Parken. Ich denke, da ist heute nicht die letzte Diskussion zu führen, weil wir in der Tat dazu kommen müssen, über die sehr flächenintensiven Parkplätze, die es dort gibt, die sich um die einzelnen Gebäude ranken, streuen oder verteilen, noch einmal nachzudenken, dass das jedenfalls nicht die letzte Antwort sein kann. Es sind hier meines Erachtens schon im Beschluss des Senats die richtigen Wege angegeben worden. Es ist ja ein Beschluss des Senats, der uns hier als Bericht vorliegt. Es sollen verstärkt Quartiersgaragen gebaut werden. Das ist eine schwierige Angelegenheit, weil man dafür natürlich die Zustimmung von den einzelnen Mietern und Investoren haben muss. Sie müssen da auch ihre Pkw hineinstellen.

Der zweite Punkt dazu ist: Wir haben ja eine städtische Parkgesellschaft. Diese muss, da bin ich der festen Überzeugung, dort aktiv werden. Sie hat eine Aufgabe für die Stadt, auch in bestimmten Bereichen Parkplätze zu schaffen. Sie ist ä-

gentlich ideal für die Aufgabe, dort einmal eine Quartiersgarage zu entwickeln.

Dann gibt es einen letzten, etwas systematischeren Punkt, der die Bremische Stellplatzverordnung betrifft. Er ist deshalb aktuell, weil die Bremische Stellplatzverordnung im Jahr 1997 befristet beschlossen worden ist und Ende des Jahres 2002 auslaufen wird. Das heißt, dass wir uns im kommenden Jahr die Stellplatzverordnung sowieso erneut anschauen müssen. In der Stellplatzverordnung wird geregelt, wie viele Stellplätze in den einzelnen Stadtquartieren zur Verfügung gestellt werden müssen in Bezug auf Arbeitsplätze, und dort wird geregelt, wie hoch die Ablösesummen sind und Ähnliches.

Der Technologiepark selbst ist in der Gebietszone dieser Stellplatzverordnung, die die geringste Anforderung an Parkplätze am Ende des Tages stellt. Da müssen wir heran! Ich finde es richtig, dass der Senat hier sagt, dass die Übertragung des Technologieparks von der Gebietszone drei in die Gebietszone zwei zu prüfen sei. Ich würde das gern mit einem vernünftigen Ergebnis prüfen, nämlich mit dem, dass wir das angehen. Ich glaube, man kann sich das auch erlauben, weil dort mittlerweile gewisse Kriterien erfüllt sind, unter anderem der Anschluss an den ÖPNV mit der Bahnlinie sechs. Das kann ein Argument sein, mit dem man das angehen kann. Stellplatzzone zwei heißt übrigens dann, den Maßstab zu nehmen, der auch in Schwachhausen und Horn, also in den benachbarten Stadtteilen, gilt.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss, meine Damen und Herren, noch einmal das Problem der Grundstückspreise ansprechen, das hier erwähnt wird! Das ist für mich der unbefriedigendste Punkt in der Antwort. Ich denke, wir haben insgesamt in Bremen, das muss man allerdings eingestehen, ein niedriges Grundstückspreisniveau. Das ist ja auch gut, denn das ist ja eine Chance und macht Investitionen natürlich rentabler als in anderen Regionen, das ist keine Frage. Trotzdem müssen wir noch einmal darüber nachdenken, ob wir nicht mehr Kraft einsetzen sollten, damit die Erschließungskosten, die Infrastrukturkosten, die wir haben, in einer höheren Weise auch durch die Verkaufspreise gedeckt werden. Beim Technologiepark handelt es sich um den Mercedes unter den Gewerbeflächen, er ist bewährt und wird meines Erachtens noch unter Maß angeboten, es ist mehr möglich.

Ich bin dafür, dass wir in schwachen Gewerbe-zonen natürlich auch entsprechend mit den Preisen reagieren. Ich halte es aber für nicht vertretbar,

dass wir im Technologiepark weiter mit Preisen zwischen 140 und 160 DM pro Quadratmeter, wie dort dargelegt ist, agieren, sondern fände es durchaus, um einmal eine Zahl zu nennen, nicht vermessen, wenn wir im Technologiepark 200 DM pro Quadratmeter ansetzen würden. Städte wie Düsseldorf, dort herrscht natürlich auch ein anderes Interesse vor, aber trotzdem, nehmen 900 DM pro Quadratmeter. Das sind doch riesige Lücken, die dort zum Ausdruck kommen.

Über die Preise und die Verkehrswerte entscheidet der Gutachterausschuss. Das ist ein Ausschuss, der aus Vertretern des öffentlichen Bereichs, aber auch anderen Vertretern wie zum Beispiel Maklern oder anderen zusammengesetzt ist. Gerade heute ist ja in der Presse nachzulesen, dass er sein vierzigjähriges Jubiläum gefeiert hat. Ich fände es gut, wenn er sich im Zusammenhang mit dem vierzigjährigen Jubiläum auch vornehmen würde, hier einen marktgerechten Preis anzubieten und dafür zu sorgen, dass die Flächenpreise höher werden. Das führt am Ende auch dazu, dass eine höhere Bebauung auch lukrativ und interessant für die Investoren ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, das, was uns jetzt vorliegt und wir insgesamt hier in diesem Haus gemeinsam mit dem Senat in Beratungen der Deputation erreicht haben, ist ein guter Fortschritt. Es führt dazu, dass wir weiter eine moderne Wirtschaftsstrukturpolitik für den Technologiepark machen können. Es führt dazu, dass wir die Infrastrukturkosten im Technologiepark pro Quadratmeter senken können. Das ist gut für unsere Kassen und für den Haushalt. Es führt auch dazu, dass der Flächenverbrauch nicht so groß sein muss, weil wir Möglichkeiten erschlossen haben, in die Höhe zu gehen. Damit können wir Kleingärten schonen, und an das Hollerland gehen wir sowieso nicht heran, und das bleibt auch so! - Danke sehr, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sprachlich scheint hier heute sowieso der Tag der Superlative zu sein. Herr Sieling spricht, wie sich das für einen Sozialdemokraten gehört, natürlich nicht vom schlechten, sondern vom guten Fortschritt. Die Antworten des Senats sind hochklug, und der Berichtsantrag ist sogar sehr einstimmig

hier vom Haus angenommen worden, wie Herr Sieling schon sagte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Formulierungsschöpfungen hier im Haus sind oft sehr nett!

(Abg. Kleen [SPD]: Jetzt wollen wir einmal hören, was noch kommt!)

Genau, jetzt schauen wir einmal, was noch kommt! Der Kollege Pflugradt hatte mich auch gerade schon darum gebeten, dass ich ihm für die Debatte ein Stichwort liefere, damit ihm dann überhaupt noch etwas einfällt. Schauen wir einmal!

(Heiterkeit - Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Jede Lücke hinterlässt eine Leere!)

Da wir bei der Frage, wie das mit dem Technologiepark weitergehen soll, in der Nähe der Universität sind, will ich einmal mit Max Weber anfangen, der ja bekanntlich gesagt hat, dass Politik das Bohren dicker Bretter sei. Wenn ich mir nun anschau, gerade auch, wie Sie, Herr Sieling, sich nun heute rühmen, dass wir nun endlich weitergekommen sind,

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Sind wir das nicht?)

dass nun demnächst sechsgeschossig als Regelhöhe gebaut werden soll, dass man sich auch ein Hochhaus vorstellen kann, mein Gott, meine Damen und Herren, da haben wir den Senat wirklich zum Jagen getragen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Was waren das in den letzten Monaten und den Jahren zuvor für Debatten und Auseinandersetzungen! Es hatte jahrelang den Anschein, dass man in Bremen über Kniemeyer-City nie hinauskommen würde. Offensichtlich ist die Politik jetzt aber doch mutig genug, sich über bestimmte Beamte und Abteilungsleiter mit ihren grundsätzlichen Bauvorstellungen hinwegzusetzen. Ich möchte für meine Fraktion noch einmal eindeutig sagen, dass wir das sehr begrüßen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade gestern Abend wurde ich von einem Mitglied des Rektorats der Universität Bremen noch einmal daran erinnert, dass Hartmut Häußermann, ein bekannter Stadtentwicklungssoziologe, der mittlerweile an die Humboldt-Universität nach Berlin berufen wurde, schon bei einer Veranstaltung, bei der es um die Frage der Entwicklung des

Technologieparks im Jahr 1993 ging, dafür erworben hat, hier in die Höhe zu bauen, von dieser Bungalowmentalität und dieser Wohnhaushöhe wegzugehen und den Technologiepark wie die Airport-City zu entwickeln.

Wir haben

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Was haben Sie gemacht, als Sie im Senat waren?)

das damals auch nicht an all diesen Punkten - -.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Jetzt sind Sie weiter!)

Ja, genau wie Sie sind wir auch weiter, und wir waren schon ein bisschen früher als Sie weiter, denn wir haben in den letzten Jahren, nachdem wir auch gesehen hatten, und man konnte das ja ziemlich schnell sehen, wie sich das da entwickelt, ziemlich früh darauf hingewiesen, und das war für uns natürlich auch immer ein Thema, weil wir gesagt haben, diese Art des Flächenverbrauchs ist nicht ökologisch, und es ist auch für die Entwicklung dieses Technologieparks aus inhaltlichen Gründen nicht wirklich gut. Das will ich noch einmal begründen.

Genauso wie Sie haben wir ja auch mit Unternehmern und Investoren gesprochen, und es ist ja nicht so, dass Unternehmer in den letzten Jahren nicht hätten höher bauen wollen. Es gab durchaus einige, die nicht nur zwei- und dreigeschossig bauen wollten, sondern die gleich gesagt haben, auch damit unsere Firma sich dementsprechend entwickeln kann, würden wir gern höher als Kniemeyer-City gehen. Das ging aber nicht, weil das im Bebauungsplan und für diese Politik dann in den letzten Jahren, in den letzten sechs Jahren ist ja nun einmal die große Koalition zuständig, das immer wieder abschlägig beschieden wurde. Erst jetzt gibt es gewisse Veränderungen, und, wie gesagt, wir begrüßen das, auch wenn es ein langer und schwieriger Prozess gewesen ist.

Wenn man jetzt da durchfährt und sieht, wie leblos gerade abends der ja ansonsten erfolgreiche Technologiepark ist, dann kann man natürlich sehen, dass man sich mit dieser Art der Entwicklung von Technologieparks, die nicht wirklich als integrierte Stadtteile geplant und gebaut werden, eine Menge neuer Probleme einhandelt. Jetzt haben die Wirtschaftsförderungsausschüsse, und wir haben das ja auch gemeinsam gemacht, gerade beschlossen, dass hier endlich etwas passieren muss, dass es lebendiger werden muss, dass endlich Dienstleistungen her müssen, dass Läden her müssen, und es muss, ehrlich gesagt, ein bisschen mehr sein als nur die berühmte Tank-

stelle im Technologiepark, mit der Herr Focke jetzt immer so nett zitiert wurde.

Da haben wir in den nächsten Jahren, was die urbane Entwicklung dieses Technologieparks in Bremen angeht, noch einiges vor uns, und deswegen möchte ich heute, weil es ja auch viel Wiederholung ist und wir nicht alles noch einmal von vorn hier besprechen müssen, darauf hinweisen, dass uns vor allem die Umsetzungsebene wichtig ist. Es geht jetzt hier nicht mehr darum, sich über die grundsätzlichen städtebaulichen Entwicklungen zu verständigen, sondern da sind wir jetzt auf einem guten Weg und müssen jetzt darauf achten, dass hier auch wirklich etwas vorankommt.

Das heißt für uns zum Beispiel, dass man nicht nur den Bebauungsplan ändern muss, sondern, was die Moderation angeht, dass jetzt auch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft zum Beispiel sehen könnte, ob sie Bauherrngemeinschaften auf den Weg bringt, Firmen zusammenholt und über solche neuen Nutzungskonzepte, wie es bei Unicom schon der Fall gewesen ist und wo man es auch geschafft hat, international Firmen zu akquirieren, hier mehr solcher Firmenzusammenkünfte organisiert, um dann auch dementsprechend hinterher die Architektur zu planen und die Unternehmen dort ansiedeln zu können.

Noch eine Bemerkung zu der Parkplatzfrage! Herr Sieling hatte das auch schon angesprochen, gerade wenn man sich jetzt den Siemens-Komplex ansieht, ich muss sagen, fand ich es wirklich erschreckend, das noch einmal zu sehen, wie viel Fläche für ebenerdiges Parken gebraucht wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Da denkt man wirklich, als ob wir in den letzten Jahren auch nicht hier im Hause diese Debatten geführt hätten! Dass das eigentlich eine Politik von vorgestern und reinste Platzverschwendung ist und das auch mit Ressourcenschonung bei dem Gut Fläche nichts zu tun hat, denke ich, ist klar. Von daher kann man wirklich nur hoffen, dass das nun endlich der Vergangenheit angehört und man da auch ganz selbstbewusst von politischer Seite darauf hinwirken muss, dass eine solche Art der Parkplatzerstellung einfach nicht mehr zeitgemäß ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein bisschen modernes Denken an diesem Punkt kann nicht verkehrt sein. In diesem Sinne hoffe ich, dass diese guten Vorhaben, die Herr Sieling eben angesprochen hat, die wir gemeinsam in die Wege geleitet haben, jetzt auch umgesetzt wer-

den, dass das nicht hier bei schönen Reden bleibt, sondern dass die Entwicklung des Technologieparks qualitativ weitergeht, dass höher gebaut wird, dass man jetzt mittlerweile wirklich vorsichtiger mit dem Gut Fläche umgeht.

Das wird dann natürlich auch bei den Verdichtungsmöglichkeiten und den Neubaumöglichkeiten, die sich dadurch ergeben, wo man dann einfach mehr Platz zur Verfügung hat, hoffentlich auch ein Licht auf die Frage der Erweiterung des Technologieparks ins Hollerland werfen. Damit möchte ich schließen und hoffen, dass durch diese Art der Politik diese grundsätzlichen Annahmen, die Grüne und SPD an diesem Punkt haben, so weiter aufrechterhalten bleiben. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal in Erinnerung rufen, dass Ausgangspunkt dieser Debattenlage die Diskussion war, ob es im Bebauungsplan 2007 möglich ist, ein Hochhaus zu bauen oder nicht. Es gab ja mehrere Senatsvorlagen, in denen das Bauressort vorgeschlagen hat, das nicht zu tun, und darüber gab es dann ja einen öffentlichen Streit. Der hat dann dazu geführt, dass erstens diese Entschließung kam, die den Senat aufgefordert hat, bei bestehenden und bei zukünftigen Bebauungsplänen höher und verdichteter zu bauen, aber dass auch das Bauressort dann die Kurve bekommen hat und dann auch für ein Hochhaus im Bereich des Bebauungsplans 2007 war.

Hier ist ja schon auf die Geschichte des Technologieparks eingegangen worden. Fakt ist, dass die bestehenden Bebauungspläne im Grunde genommen aus der Zeit von Herrn Fücks stammen. Insofern ist das richtig, dass sich das Planungsamt mit den damaligen Leuten in der Zeit von - -.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, vordem hat es auch schon welche gegeben!)

Aber die wesentlichen kommen aus der Zeit von Herrn Fücks, das muss man ihm nun anrechnen, dass er das gemacht hat, da muss man ihn auch loben. Sie nehmen ja auch den Technologiepark für sich ein Stück weit ein, dass es Ihr Werk ist, dass Sie gesagt haben, aber das gehört dann auch zu Ihrem Werk, dass Sie diese Bebauungspläne geschaffen haben, die Sie jetzt kritisieren.

Dass es da bestimmte Vorstellungen gibt, die sich inzwischen auch gewandelt haben, das ist auch alles okay, darüber mag man jetzt lange philosophieren, entscheidend ist, dass wir an dieser Stelle eine Veränderung herbeiführen, das halte ich auch für richtig und wichtig.

Ich will allerdings deutlich sagen, und das ist für mich der entscheidende Punkt, der Technologiepark boomt, und mancher meint ja jetzt, wenn er jetzt ein bisschen in die Höhe geht, dann würde er damit eine Technologieparkerweiterung ins Hollerland verhindern können. Wer glaubt, dass das der richtige Weg ist, nicht ins Hollerland, sondern in die Höhe zu gehen, der, glaube ich, ist auf einem Holzweg. Der Technologiepark wird seinen Weg nehmen, und ich sage, je stärker der Run auf den Technologiepark läuft und je stärker da nun noch mehr Investoren kommen, denn eines muss man ja wissen, bisher ist für Ansiedlungen im Technologiepark nicht außerhalb geworben worden, aus Platzmangel nicht geworben worden, sind Firmen nicht angesiedelt worden, und wenn man das denn erst machen wird, dann hat man auch eine Chance, dann wird der Druck auf das Hollerland noch viel stärker werden, als er bisher schon ist.

Ich sage schon jetzt voraus, die Sozialdemokraten wären in einer Glaubwürdigkeitsfalle, wenn das Bauressort sich mit seiner Politik durchgesetzt hätte, nicht in die Höhe zu gehen, so wie das Bauressort ja mit mehreren Senatsvorlagen in den Senat gekommen, aber nicht durchgekommen ist. Wenn man das nicht gemacht hätte, dann wäre man ja in einer noch viel größeren Erklärungsnot, was das Hollerland anbetrifft. Insofern hat man jetzt notgedrungen - -.

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Immer die alte Leier!)

Diese Leier kommt - -.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt kommt die Kür, das war die Pflicht!)

Das war die Kür, und das war die Pflicht, ach Quatsch! Das war die Kür und die Pflicht!

Sie wären in einer Glaubwürdigkeitsfalle gewesen, ich wiederhole das, wenn man nicht diese verdichtete Bebauung oder dieses Hochhaus zugelassen hätte, das sind trotz allem keine erheblich größeren, das muss man allerdings auch sagen, das ist uns ja auch von den Fachleuten gesagt worden. Die riesigen Potentiale bietet das noch allemal nicht, so dass Sie, was die Frage Hollerlandbebauung anbetrifft, da bin ich sehr zuversichtlich,

sowieso irgendwann einknicken, weil der Zwang der Fakten halt so ist.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Pflugradt, Sie werden Verständnis haben, dass ich Ihre letzten Ausführungen nicht teile an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage auch deutlich, dass wir massive Verdichtungspotentiale im bestehenden Technologiepark haben und dies mehrfach auch in der Deputation deutlich gemacht haben. Vielleicht aber doch noch einmal der Punkt!

Frau Trüpel, ich war darüber etwas enttäuscht, weil ich glaube, dass wir uns von Anfang an in der Frage der Verdichtung, der besseren Ausnutzung der Flächen im Technologiepark, immer einig waren. Die Frage war nur, und das knüpft wieder an die Debatte des Sommers an, ob das schlicht dadurch erreicht wird, dass ich einfach ein Hochhaus beschließe. Das ist eben nicht die schlichte Gleichung, Hochhaus gleich höhere Verdichtung. Insofern hätte ich mir etwas mehr Differenzierung an dieser Stelle gewünscht, denn Ihr eigenes Beispiel war an dieser Stelle, als Sie über die Siemens-Flächen gesprochen haben, dass die Bauleitplanung eine sehr viel höhere Verdichtung hergibt, als wir sie zurzeit haben.

Das ist doch die Crux, dass wir zwar an vielen Stellen im Grunde das haben, was gelungen ist, wie ich finde, bei dem Beispiel Unicom, da erleben Sie eine richtige Ausnutzung der Flächen, die entsprechend der Bauleitplanung da auch genutzt worden sind, aber an vielen anderen Flächen, das ist die Crux, ist das eben nicht geschehen. Insofern, denke ich, kann man getrost sagen, dass innerhalb der bestehenden Bebauungspläne noch jede Menge Verdichtung möglich ist, wenn diese Flächen den Möglichkeiten entsprechend auch wirklich genutzt werden.

Gleichzeitig gebe ich Ihnen auch Recht, oder Herr Dr. Sieling sagte es, glaube ich, dass wir ein Problem haben, was die Infrastruktur angeht, aber das hängt nicht so sehr an der architektonischen Gestaltung oder der Höhe der Geschichten, sondern daran, dass bis dahin jeder Versuch - ob es Banken sind, ob es kleine Läden sind, ob es Dienstleistung im weitesten Sinne ist -, hier mehr zu erreichen, bisher nicht gegriffen hat an dieser Stelle. Wir sollten insbesondere die Freiflächen im Kern-

bereich, aber auch bei zukünftigen Entwicklungen dafür nutzen, dass auch so etwas wie Kneipen, Läden und Dienstleistungen in diesen Bereich hineingenommen werden, um ihn urban zu machen.

Erste Ansätze haben wir ja im Nachbarbereich zu Horn geschaffen, und zugegebenermaßen war es für den Investor sehr mühselig, die Ladenflächen dort zu vermieten. Ich gehe aber positiv davon aus, dass, je stärker wir dort eine Verdichtung bekommen, auch die Nachfrage nach solchen Einrichtungen wächst. Inzwischen hat sich ja eine Interessengemeinschaft gegründet in diesem Bereich, die sich das auch als ihr Ziel gesetzt hat, dass hier mehr Infrastruktur in die Wege geleitet wird. Das kann ich nur begrüßen, und wir wollen das unterstützen, so gut es uns überhaupt möglich ist, dass hier mehr Angebote in diesem Technologiepark bezogen auf städtisches Leben entwickelt werden. Da sind wir überhaupt nicht auseinander.

Bezogen auf die von Herrn Dr. Sieling angesprochene höhere Bebauung haben wir Ihnen ja vorgeschlagen, an welchen Stellen man das sinnvollerweise machen kann, ohne die angelegte Struktur des Technologieparks zu zerstören, denn ich glaube wirklich nach mir vor, dass sie auf Urbanität und nicht auf Gewerbeflächenphilosophie ausgelegt wird. Das ist der Charme, den wir hier haben, und um eine höhere Verdichtung zu erreichen, haben wir in bestimmten Bereichen vorgesehen, dass auch sechsgeschossig und an einigen Stellen noch höher gebaut werden kann, und was die Hochhäuser angeht, auch hier haben wir Ihnen in einem ersten Entwurf dargelegt, wo diese möglich sind. Die Frage der Höhe der Bebauung an den Rändern ist gerade in der vorangegangenen Diskussion, hier bezogen auf stadträumliche Gestaltung, auf Plätze oder auf Wegebeziehungen, von Ihnen problematisiert worden.

Ich darf Sie daran nur noch einmal erinnern, dass es nämlich schon einen Unterschied macht, wie hoch die Bebauung ist und wie breit ich die Straße an dieser Stelle führen muss, damit überhaupt eine solche Gebäudestruktur dann Platz haben kann. Wir haben es darauf angelegt, in diesem Bereich Technologiepark tatsächlich Stadtstraßen zu entwickeln, ganz in Ihrem Interesse. Also, manchmal beißt sich das, was Sie hier vortragen. Das war bezogen auf die Wünsche, die Frau Krusche angesprochen hat, und das, was Frau Dr. Trüpel gesagt hat! Ich glaube, dass wir mit dem, was wir Ihnen vorgeschlagen haben an Potentialen, die in diesem Bereich sind, dem gemeinsamen Interesse Rechnung tragen, dass wir hier eine sehr viel bessere Flächenausnutzung haben.

Sie haben angesprochen, Frau Dr. Trüpel, es muss nun auch genutzt werden. Das ist völlig klar, und das sehe ich auch so, dass in den Verhandlungen mit denen, die dann kommen und Interesse zeigen, auch eine solche Linie durchverhandelt werden soll. Wir müssen allerdings auch, Herr Dr. Sieling, uns ein bisschen davor schützen, dass es nicht zum K.-o.-Instrument wird gegenüber vielen kleineren Investoren, weil es nicht nur darum gehen kann, dass die großen Investoren, die gemeinsam große Verwaltungsblöcke anbieten, dort investieren können, während dann möglicherweise ein technologieorientierter Betrieb, der dies so nicht will, vor der Tür bleibt! Ich glaube aber, wie wir es hier in dem Text angesprochen haben, ist genügend Flexibilität vorhanden, um an dieser Stelle unterschiedlichen Wünschen auch Rechnung zu tragen.

Noch ein Letztes zur Parkplatzsituation, die Herr Dr. Sieling angesprochen hat! Auch dazu muss ich sagen, je mehr wir an Verdichtung schaffen, desto gravierender wird dieses Problem. Wir haben schon heute nicht nur den Aspekt, wie Sie ihn genannt haben, dass so eine Fläche ebenerdig beparkt wird. Wir werden zukünftig noch mehr Notwendigkeiten haben, Parkraum zu schaffen. Insofern muss man sich solche Instrumente überlegen, ob es tatsächlich zu Parkhäusern kommen kann. Ich glaube, es wäre ganz wichtig, wenn die dort Ansässigen diese Intention unterstützen. Je dichter es wird, umso mehr Menschen brauchen dann auch einen solchen Platz. Mit In-die-Tiefe-Gehen ist es ja an einigen Stellen nicht ganz so einfach, was Parkplätze in Gebäuden angeht.

Ich glaube also, dass hier gemeinsame Intentionen bestehen. Herr Pflugradt, es ist von Anfang an meine Intention gewesen, man muss mich da auch nicht zum Jagen tragen, das darf ich noch einmal deutlich sagen,

(Beifall bei der SPD)

die Flächen hier besser zu nutzen. Wogegen wir uns ein bisschen gewehrt hatten, war diese schlichte Übertragung - -.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Die Beamten haben aber ein bisschen anderes aufgeschrieben! Soll ich ihnen das einmal vorlesen?)

Wir können dieses Thema gern miteinander immer wieder von vorn diskutieren. Sie wissen ganz genau, dass, bezogen auf das Hochhaus und auf das, was der Auslöser gewesen ist, der Vorschlag, der zunächst im Raum gestanden hat, nicht zu einer höheren Verdichtung geführt hat. Erst nach den Verhandlungen ist es dazu gekommen, dass wir gemeinsam die Lösung gefun-

den haben, diese Fläche im Sinne der Struktur dort, aber auch im Sinne einer besseren Ausnutzung der Fläche tatsächlich so zu gestalten. Das war doch ein gutes Ergebnis aus diesem Dialog, der vorher etwas verfahren war, das will ich gern zugeben. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht mit der Drucksachen-Nummer 15/407 S Kenntnis.

Schutz historischer Bausubstanz in Bremen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 27. November 2001

(Drucksache 15/410 S)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich einmal feststellen, dass ich es gut finde und nicht schlecht, wenn es in der Stadt so eine heftige Debatte über den Abriss eines einzelnen Hauses gibt. Es zeigt nämlich, dass die Menschen ein großes Interesse an dem Bild ihrer Stadt haben. Das finde ich doch erst einmal sehr positiv, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Debatte über das Haus Am Wall Nummer 139 hat hohe Wellen geschlagen. In allen Zeitungen hat es Artikel darüber gegeben. Ich glaube, das ist gut, weil es nämlich zeigt, dass wir hier in dieser Stadt eine Lücke haben zwischen den denkmalgeschützten Gebäuden einerseits und der gebauten Alltagskultur, normalen Wohn- und Geschäftshäusern aus einer anderen Epoche als unserer, die aber doch offensichtlich wert sind, erhalten zu werden.

Um diesen Konflikt geht es, deshalb haben wir Grünen hier heute diesen Antrag eingereicht. Wir wollen aus diesem Beispiel, Haus Am Wall erhalten oder abreißen, für die Zukunft Instrumente entwickeln, die es uns möglich machen, der Stadt möglich machen, gegenüber privaten Bauherren ein Interesse an dem Erhalt von Wohn- und Geschäftshäusern gerade in der Bremer Innenstadt zu vertreten und einen Abriss von Gebäuden in

der Zukunft erheblich zu erschweren, meine Damen und Herren.

Lassen Sie uns noch einmal überlegen, wo dieses Haus steht und welche Probleme es gibt! Es steht Am Wall, und zwar in dem Teil des Walls, der durch die Kriegszeit, aber wahrscheinlich auch durch die Nachkriegszeit zerstört und anschließend neu gebaut wurde und in dem dieses Haus Am Wall nun inzwischen das einzige ist, das aus der Gründerzeit stammt. Da sagt dann der Kollege Focke, und das ist eben ein Argument, Kollege Focke, das ich überhaupt nicht verstehen kann: Wenn da schon so ein blödes Sammelsurium, sage ich jetzt einmal ganz flapsig, herumsteht, dann kommt es auf das eine oder andere Gebäude auch nicht mehr an, dann machen wir doch dieses eine Gebäude, Haus Am Wall, auch noch platt.

(Abg. Focke [CDU]: Das habe ich so gar nicht gesagt!)

So ungefähr haben Sie es in der letzten Sitzung der Baudeputation gesagt.

(Lachen bei der CDU)

Das habe ich mir mitgeschrieben! Sie haben von einem architektonischen Sammelsurium an dieser Stelle gesprochen, und man solle dieses Thema nicht so aufbauschen.

(Abg. Focke [CDU]: Das ist richtig!)

Da sage ich Ihnen, Kollege Focke, dass es aufgebauscht ist, dass es eine städtische Debatte über den Erhalt oder den Abriss von Gebäuden gibt, das ist richtig. Man kann sich darüber streiten, ob es dieses Gebäude sein muss oder ein anderes, aber was es doch zeigt, ist, dass die Menschen sehr sensibel darauf reagieren, wie man mit alter Bausubstanz umgehen muss. Da muss ich Ihnen sagen, Kollege Focke, gerade weil es das Letzte in dieser Straße ist, gerade weil der Wall im städtischen Gefüge zwischen den historischen Wallanlagen und der City eine besondere Rolle spielt, gerade weil diese Straße eine besondere, für das Stadtbild prägende Straße ist, gerade darum muss man sich sehr genau Gedanken machen, ob es wert ist, so eine alte Fassade zu erhalten oder nicht!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir Grünen würden es sehr begrüßen, wenn es zwischen Investor, dem Architekten und der Stadt doch noch zu einer einvernehmlichen Lösung kommen könnte, um diese alte Fassade zu erhalten. Deswegen begrüßen wir es auch, Frau Senatorin, dass Sie sich noch einmal mit dem Investor

und dem Architekten an einen Tisch setzen wollen, denn ich glaube, es liegt nicht an dem Architekten Schulze. Er ist ein guter Bremer Architekt, der auch schon viel Gutes für die Stadt gebaut hat. Insofern glaube ich, dass rein architektonisch gerade ein Reiz darin liegt, eine alte Substanz, eine alte Fassade mit einem neuen Bauprojekt zu verbinden. Darin liegt auch überhaupt die Zukunft des Bauens, dass man nämlich Alt und Neu zusammenfügt. Es muss aber Vorrang haben, alte Gebäudesubstanz zu erhalten, weil es hier auch um das Gedächtnis der Stadt geht. Es geht um das Profil einer Stadt. Ich glaube, gerade Städte im Osten Deutschlands machen uns hier positiv vor, wie man mit alter Bausubstanz umgeht, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kollege Focke, weil es nicht das erste Mal ist, dass sich diese Stadt sehr engagiert und aufgeregt mit dem Abriss von Gebäuden beschäftigt hat, möchte ich speziell die CDU doch noch einmal an eine Zeit erinnern: Im Jahr 1990 gab es schon einmal eine große Debatte über den Abriss des Gästehauses des Senats in der Parkallee. Auch dazu gab es hier im Parlament Anträge und Debatten. Wir erinnern uns noch, Herr Kollege Dr. Sieling, das war noch zur Zeit der Alleinregierung der SPD. Es gab hier in diesem Parlament viele Oppositionsparteien, und es war klar, die Grünen haben gefordert: grundsätzlicher Abrisstopp in Bremen! Die FDP hat gefordert: kein Abriss schützenswerter Bausubstanz in Bremen!

Nun möchte ich Ihnen doch noch einmal vorlesen, was die CDU damals gefordert hat, Zitat, mit Erlaubnis des Präsidenten, die CDU forderte damals: „Aufgrund der unzureichenden Personal- und Finanzausstattung der planenden Ämter sowie des Landesamtes für Denkmalschutz mangelt es an einer systematischen Erfassung sowie planerischen Absicherung von Kulturdenkmälern und anderer erhaltenswürdiger Bausubstanz. Die Stadtbürgerschaft fordert daher den Senat auf, der weiteren Vernichtung ortsbildprägender Gebäude und Ensembles Einhalt zu gebieten.“

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lieber Herr Kollege Focke, nichts anderes fordern wir heute! Wir möchten, wenn wir es nicht mehr schaffen sollten, die Fassade Am Wall zu retten, dass wir aber doch aus dieser Debatte für die Zukunft lernen, sorgsam mit unserer historischen Bausubstanz umzugehen. Es gibt viele schöne alte Häuser in der Bremer Innenstadt, im Faulenquartier stehen etliche. All diese stehen nicht unter Denkmalschutz. Es fehlt uns also ein Instru-

ment, erstens diese erhaltenswerten Häuser aufzulisten und zu sagen, unter welchen Grad von Erhaltungsschutz sie fallen, und zweitens, dass man auch als Stadt ganz offensiv, auch in Richtung Bauherren und Investoren, das Signal gibt: Uns ist der Erhalt der Gebäudesubstanz wichtig! Liebe Bauherren, ihr könnt hier bauen, aber nehmt Rücksicht auf unsere alte Bausubstanz! Dann können wir eine attraktive Innenstadt auch zusammen mit neuen Gebäuden erhalten. Das wollen wir mit unserem Antrag erreichen, und daher hoffe ich sehr, dass Sie diesem Antrag heute zustimmen können. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte, die wir heute führen, hat sich quasi an diesem einen konkreten Gebäude entzündet, Am Wall Nummer 139, Frau Krusche hat das schon gesagt, einem Gebäude aus der Gründerzeit mit der damals üblichen Fassade. Ich will mich jetzt aber nicht nur auf das eine Gebäude konzentrieren. Die Debatte haben wir in der Baudeputation geführt. Wir wissen, dass unsere derzeitige Gesetzeslage es leider nicht hergibt, dieses eine Gebäude zu erhalten. Ich hoffe aber auch, dass Frau Wischer da noch einmal mit dem Investor und mit dem Architekten ins Gespräch kommt, um vielleicht noch zu einer einigermmaßen vernünftigen Lösung zu kommen.

Eines hat die Debatte, die im Beirat und in der Bevölkerung abgelaufen ist, aber auf jeden Fall gezeigt, Frau Krusche, da gebe ich Ihnen Recht: Den Bremerinnen und Bremern liegt etwas an ihrer Stadt, und wir als Politiker und Politikerinnen sind gefordert, das ernst zu nehmen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine schöne Stadt braucht auch Zeugen der Vergangenheit. Die gewachsene Stadt ist schließlich auch ein Kapital Bremens, das es zu erhalten und bewahren gilt.

Wir brauchen zur Attraktivität der Stadt aber auch eine leistungsfähige Innenstadt, einen modernen Einzelhandels- und Dienstleistungsstandort. Wir haben viel Geld in die Innenstadt gesteckt, um die Attraktivität dort zu erhöhen. Die Obernstraße ist gerade fertig geworden. Mit dem Marktplatz geht es dann im nächsten Jahr los. Letztlich ist die In-

nenstadt auch einer der Schwerpunkte des Bremer Sanierungsprogramms.

Zur Attraktivität gehört aber auch das, was die Stadt anziehend macht. Das sind alte historische Gebäude. Das, warum Touristen und Touristinnen hierher kommen, sind zum Beispiel auch der Schnoor oder die Böttcherstraße. Es ist das, was die Stadt lebens- und liebenswert macht, auch für uns. Es sind Erinnerungen an die Vergangenheit, historische Bausubstanz, die gewachsene Stadtkultur. Beides, Alt und Neu, gehört natürlich zusammen.

Eines hat die Debatte um das Gebäude Am Wall auch deutlich gemacht: Wir müssen zu einem angemessenen Umgang mit dieser Problematik finden! Wir können nicht bei jedem Gebäude neu anfangen zu diskutieren. Das tut uns nicht gut, das tut der Stadt nicht gut und unter dem Stichwort Planungssicherheit auch nicht den Menschen, die hier investieren wollen.

Was wir leider nicht können, ist nun jedes historische Gebäude zu erhalten. Ich rede jetzt hier nicht von den wirklich denkmalgeschützten Gebäuden, sondern von dem, was man so Alltagskultur nennt. In den Berliner Denkmälern stehen zum Beispiel einige 100.000 Quadratmeter leer. In ganz Deutschland sind zirka 2000 Kirchen ungenutzt. Es reicht also nicht, einfach nur nein zu sagen und per Denkmalschutzgesetz oder Erhaltungssatzung alles unter Schutz stellen zu wollen. Denkmalpflege hat da meines Erachtens auch einen präventiven und vorbereitenden Charakter. Es gilt gemeinsam mit den potentiellen Investoren, den Architekten und den Ämtern zu tragbaren Kompromissen zu kommen, denn Leerstände und Baulücken können wir uns genauso wenig leisten wie eine Stadt, die nur aus gesichtslosen Neubauten besteht.

Dass das funktionieren kann, ohne gleich Satzungen oder Gesetze ändern zu wollen, will ich Ihnen an zwei Beispielen deutlich machen: zum einen das Gebäude der Commerzbank am Schlüsselkorb! Ich meine jetzt nicht das Gebäude der Bremer Bank mit dieser alten Fassade dazwischen, wie es heute in der Zeitung stand. Das ist für mich eher ein Negativbeispiel.

(Abg. Focke [CDU]: Furchtbar!)

Ich meine das Gebäude der Commerzbank am Schlüsselkorb, wo die Straßenbahnhaltstelle ist. Da ist es in langen Gesprächen gelungen - das fiel damals in die Ägide von Dr. Schulte, der ist heute gar nicht da, wenn ich ihn lobe -, einen Kompromiss dahingehend zu finden, zwar nicht die Fassade an sich zu erhalten, das ist in der

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Regel ziemlich teuer, aber sie doch im historischen Kontext wieder aufzubauen. Die Nachbargebäude haben sich dann in der Struktur entsprechend angepasst.

Ein zweites Beispiel, das ist nun nicht direkt in der Bremer Innenstadt, ist der Jacobshof in Borgfeld. Die Familie Jacobs hat damals eine Gegenrechnung vom Architekturbüro aufmachen lassen, was sich langfristig mehr lohnen würde, alles abzureißen, den ganzen Hof platt zu machen und Einfamilienhäuser auf das Grundstück zu setzen oder die vorhandenen Gebäude um- und auszubauen. Es hat sich gezeigt, dass die Quadratmeter erzielbarer Wohnfläche am Ende nahezu gleich sind. Jetzt haben wir also schöne, tolle Wohnungen in der alten Anlage nach den neuesten Standards, ich glaube, sogar Niedrigenergiehausstandard, aber auch noch die alte Hofanlage als Zeugnis dessen, was Borgfeld einmal war, nämlich ein schönes altes Dorf.

Es hat übrigens im letzten Jahr, Frau Krusche, unter den Grünen auf Bundesebene eine sehr intensive Diskussion gegeben, wie man den Denkmalschutz möglicherweise verändern könnte, und die kulturpolitische Sprecherin der Grünen, Antje Vollmer, hat damals ein Gutachten vorgelegt, das quasi den ganzen Denkmalschutz auf den Kopf stellen sollte. Der Staat sollte sich aus dem Denkmalschutz zurückziehen und künftig nur noch Bauten betreuen, die der öffentlichen Hand selbst gehören, während gleichzeitig die privaten Gebäude und deren eventueller Schutz in die Hände der Bürgerinnen und Bürger gestellt werden würden über eine Stiftung. Vor allem interessant finde ich ja, dass die Ideen von den Grünen kommen. Es geht jetzt durch alle Ideologien. Da hinein würde Ihr Antrag ja gar nicht passen, Frau Krusche.

Die Begründung dafür war leider, wie ich finde, etwas negativ. Es wird beklagt, dass zu viele Gebäude unter Denkmalschutz gestellt werden würden. In Wirklichkeit sind das, glaube ich, bundesweit so drei bis fünf Prozent, aber wenn es wirklich darauf ankäme, wenn hochrangige politische und wirtschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen, sei der Denkmalschutz nicht einmal mehr das Papier wert, auf dem er stehen würde. Wenn ich an die Diskussion denke, die über einen möglichen Umbau der Stadthalle stattfindet, denke ich, dass dieses Argument an einigen Ecken und Enden nicht völlig abwegig ist, um es einmal vorsichtig zu formulieren.

(Beifall bei der SPD)

Gerade deswegen, Frau Krusche, reicht es meines Erachtens nicht, sich nur auf Gesetze und Satzungen kaprizieren zu wollen und sich daran

festzuhalten. Wir müssen schließlich und endlich eine vernünftige Abwägung finden zwischen dem Erhalt historischer Bausubstanz, stadtbildprägender Bausubstanz als auch den Aufgaben, die eine moderne leistungsfähige Innenstadt zu erfüllen hat. Ich sagte das eingangs schon. Da reicht es eben nicht, nur einfach nein zu sagen oder Abrisse zu beklagen, man muss dann auch tragfähige Lösungen finden, was hinter den Fassaden ist oder was mit den Baulücken passieren soll.

Da hatte ich in der letzten Sitzung der Baudeputation doch ein bisschen einen anderen Eindruck als Sie, Frau Krusche. Ich hatte den Eindruck, dass wir gemeinsam mit dem Amt und auch mit dem Amt für Denkmalpflege - Herr Skalecki, der Denkmalpfleger, hat gerade seinen Dienst angetreten - zumindest auf einem vernünftigen Weg zu sein scheinen. Wir haben auch endlich einmal wieder einen Denkmalbeirat, und Bauressort und Denkmalpflege sind ausweislich der Deputationsvorlage, die uns da vorgelegen hat am Donnerstag, dabei, an der Problematik zu arbeiten und, glaube ich, eine Kartierung aller möglichen Gebäude in der Innenstadt aufzustellen. Das ist, denke ich, etwas, woran man dann an der Sache weiterarbeiten kann, was Sie auch fordern, Frau Krusche.

Ich hätte mir natürlich gewünscht, hier in diesem Sinne noch einen gemeinsamen Antrag vorzulegen, in dem deutlich gemacht wird, dass wir das unterstützen und deutlich machen, dass uns dieses Anliegen wichtig ist, vielleicht auch in dem Sinne des Antrags von 1990, den Sie zitierten. Ich weiß inzwischen auch, dass man sich in Bremerhaven auch dahingehend geeinigt hat, dass die CDU nach langen Gesprächen auch in eine etwas andere Richtung geht. Da kann man ja im Land Bremen auch einmal nach Bremerhaven schauen. Aber, wie so üblich, hat es einmal wieder leider nicht geklappt. Trotzdem denke ich, vor allem nach der Diskussion in der Baudeputation in der letzten Woche, dass wir gemeinsam an der Sache weiterarbeiten können. Einen gemeinsamen Antrag können wir Ihnen leider nicht vorlegen, und aus dem Grunde müssen wir schlicht und einfach auch Ihren Antrag ablehnen, Frau Krusche!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube wirklich, Frau Krusche, dass die Sache gerade an diesem Punkt Am Wall 139 aufgebauscht ist und viel zu überzogen diskutiert wird.

(Beifall bei der CDU)

Jahrelang sind wir sehr gut zurechtgekommen mit dem Denkmalschutzgesetz. Es hat keine größeren Probleme gegeben. Wir haben keine Achterbahn in die Wallanlagen gesetzt, den Schnoor abgerissen oder sonst etwas. Wir sind sehr pfleglich mit den historischen Gebäuden in unserer Stadt umgegangen, und das zeigt sich ja auch daran, wie wir die Innenstadt jetzt wieder zurechtgemacht haben mit dem Fassadenprogramm und allen möglichen sonstigen Dingen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sehe ich auch keinen aktuellen Handlungsbedarf, was irgendwelche Gesetzesinitiativen oder Sonstiges betrifft. Aktuell haben wir uns im Grunde genommen nur über zwei Themen in der letzten Zeit etwas mehr auseinander gesetzt, und zwar ging es da eigentlich mehr um zwei Mauern und nicht um historische Gebäude. Das war einmal die Mauer an der Schlachte, über die gesprochen worden ist, ob man da nicht einen Stein abnehmen könnte, damit man einen besseren Blick auf die Weser hat. Das haben wir ja alle im Grunde genommen gewollt, auch die Grünen. Das haben wir alle zusammen gewollt, aber da hat eben der Denkmalschützer gesagt, dass er das nicht wolle, und da sind wir nicht durchgedrungen. Das andere ist eine weitere Mauer, direkt hier unten an der Bürgerschaft, dieses alte historische Bauwerk. Ich sage, die Mauer muss weg! Wir haben schon einmal eine Mauer weggenommen.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Hammerström [SPD]: Wir nicht, das waren die anderen!)

Jetzt wollen wir diese Mauer wegnehmen, da der Marktplatz neu gestaltet wird und damit wir eine wunderbare Beziehung auch mit anderen Ebenen der Treppe haben können. Das haben wir auch beschlossen. Da hat der Denkmalschützer nein gesagt, aber hier haben wir uns durchgesetzt, so wird es ja jetzt auch gemacht. An diese beiden Punkte kann ich mich direkt erinnern.

In den siebziger Jahren, meine Damen und Herren, das geht alles aus einem Buch, das der alte Denkmalpfleger geschrieben hat, hervor, sind auf einen Schlag über 600 Gebäude unter Denkmalschutz gestellt worden. Das Denkmalschutzgesetz, das 1974/75 gemacht worden ist, hat dazu geführt, dass weitere 150 Gebäude unter Denkmalschutz gestellt worden sind. Sehr viele Gebäude sind in dieser Stadt unter Denkmalschutz gestellt. Weitere 200 Gebäude sind kartiert, und, meine Damen und Herren, der Denkmalschützer hat jede Möglichkeit, weitere Kartierungen vorzunehmen. Das ist ausschließlich mit seiner Aufga-

be verbunden, dafür brauchen wir hier keinen Antrag zu beschließen. Wenn er seine Arbeit ordentlich macht und alles begutachtet, kann keiner etwas dagegen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Erhaltungssatzungen haben wir in einigen Stadtteilen, die auch noch Ensembles und andere Gebäudegruppen schützen, so dass man fast sagen kann, vielleicht ist das für eine Stadt wie Bremen schon ein bisschen viel.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war klar!)

Das kann man so oder so sehen. Man muss auch aufpassen, Frau Kummer hat das eben angesprochen, dass man vielleicht nicht zu viel tut und zu viel in Gesetze schreibt. Was vielleicht in den neuen Bundesländern etwas zu euphorisch gemacht worden ist, führt dazu, dass diese alte Bausubstanz, weil sie niemanden hat, der sie pflegt, und es niemand bezahlen kann, sie aufrechtzuerhalten, dann vor sich hin gammelt. Ob das besser ist, ist natürlich auch noch eine andere Frage. Man muss auch die Wirtschaftlichkeit dabei etwas im Auge behalten. Das ist der entscheidende Punkt, um den es hier geht bei dem Haus Am Wall 139. Das sage ich auch ganz frei weg.

Der Denkmalschützer hat uns in der Deputation erzählt, dass dieses Haus seines Erachtens nicht unter Denkmalschutz gestellt werden kann. Das ist eine ganz eindeutige Aussage, weil es nämlich gar nichts Schützenswertes an diesem Haus gibt. Allerdings hat er gesagt, die Fassade sei ganz schön, und man sollte sich bemühen, sie zu erhalten. Aber das ist ja nun wirklich keine historische Aussage, meine Damen und Herren. Ganz schöne Fassaden gibt es in Bremen genug, es gibt eine ganze Menge schöner Fassaden. Wenn man jedes Mal darüber nachdenkt, eine schöne Fassade einzubauen in ein neues Gebäude, dann kommt dabei natürlich oftmals so etwas heraus wie zum Beispiel am Domshof.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Peek und Cloppenburg!)

Das ist nämlich gar nicht schön geworden, wo die Bremer Bank diese Fassade da hineingesetzt bekommen hat. Eine andere Frage ist natürlich zum Beispiel die Wertpapierbörse, die jetzt mit einem riesigen Aufwand erhalten bleibt, aber nur als Fassade. Das kostet Zigmillionen DM. Es gibt nicht immer Leute, die das wirtschaftlich rechnen können, meine Damen und Herren. Wenn sich eine Bank dazu bereit erklärt, ist das sehr lobenswert, aber auf der anderen Seite gehen wir jetzt einmal

zu dem Gebäude Am Wall 139, bei dem ein wirklich bekannter, sehr guter Bremer Architekt, Herr Schulze, einen sehr schönen Entwurf gemacht hat, der auch von vielen anerkannt wird.

Es ist ja nicht so, dass die Diskussion von allein gekommen ist. Da haben sich ein oder zwei Leute dieser Diskussion angenommen, haben einen Artikel in die Zeitung gesetzt und natürlich ein Pro und Kontra provoziert, was ja auch in Ordnung ist, aber man darf diese Diskussion, die da geführt worden ist, auch nicht überschätzen. Es kümmern sich nicht 500.000 Leute in Bremen darum, dass die Fassade erhalten bleiben muss. Es wollen viele Leute auch, dass es in der Stadt eine anständige Neubauplanung gibt, vor allem dann, wenn es sich nicht um historische Ensembles handelt, wie sie zweifellos am Wall auf der Seite nicht vorhanden sind. Auf der anderen Seite ist es etwas anderes, aber auf dieser Seite des Walls kann man nicht davon sprechen, dass es ein zusammenhängendes historisches Ensemble Wall gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen plädieren wir auch nicht dafür, die Fassade zu erhalten. Wenn es gelingt, mit dem Investor darüber zu sprechen, dass er da etwas tut, haben wir nichts dagegen, aber deswegen das Projekt aufzuhalten, das im Übrigen ja auch für die zeitgenössische Architektur ein bedeutsames Gebäude werden kann, sehen wir nicht ein. - Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe diese Debatte so verstanden, dass wir eigentlich gar nicht so weit auseinander sind, alle die, die bisher gesprochen haben. Ich habe es so verstanden, dass diese Debatte um das Grundstück und das Gebäude Am Wall so, wie auch in der Deputation dann erörtert, den Blick darauf gelenkt hat, dass man möglicherweise genauer hinsehen muss bei dem bestehenden gesetzlichen Rahmen, auf der einen Seite eben Unterschutzstellung, auf der anderen Seite Erhaltungssetzung, zum Dritten den Aspekt, dass bestimmte Gebäude in dieser Stadt weder unter Denkmalschutz noch unter Erhaltungssetzung gestellt sind, aber von ihrer Struktur her ein Stück Geschichte sind, und das gilt ja hier für dieses Haus Am Wall, und durchaus für viele Bremerinnen und Bremer - ich weiß auch nicht, wie viele es sind - bei näherer und aufmerksamerer Be-

trachtung ein Stück historischen Erinnerungswert haben.

So habe ich eigentlich die Debatte verstanden, wobei ich Ihnen dankbar bin, dass im weiteren Verlauf der Reden nach Frau Krusche, aber vielleicht hätten Sie es auch noch gesagt, hier auch nicht der Eindruck erweckt werden darf, dass Bremen unsensibel mit der historischen Bausubstanz umgeht. Das finde ich dann auch überzogen, denn, es sind viele Beispiele genannt, bezogen auf die historischen Gebäude hat diese Stadt und haben Investoren, die Beispiele dafür sind genannt, ob es um den Markt herum ist, ob es im Bereich des Schnoors ist, ob es in anderen Bereichen ist, unglaublich viel dafür getan, einschließlich Sögestraße, um an diese historischen Wurzeln immer wieder anzuknüpfen und diese auch zu erhalten.

(Vizepräsident Dr. Kuhn übernimmt den Vorsitz.)

Hier ging es ja darum, was wir bei bestimmten Einzelobjekten machen. Dass es sich nicht um ein Ensemble handelt, ist ja völlig klar. Es ist ja auch so diskutiert worden in der Baudeputation. Ich denke, dass - und so war die Vereinbarung, ich glaube zu wännen, dass das auch so gemeinsam erörtert worden ist -, wenn wir uns jetzt gemeinsam, Stadtplanungsamt, Denkmalpflege und Bauordnung, zusammentun und sagen, wir schauen einmal systematisch, wo denn solche Gebäude wären, und wir setzen uns damit auseinander, ob es Sinn macht oder ob es keinen Sinn macht, mit welchem Instrumentarium dann auch immer, diese unter Schutz zu stellen, dann ist es doch ein guter Weg.

Das heißt also, der Wunsch war anlässlich dieser Debatte, einmal systematisch zu schauen, wo haben wir an anderen Stellen möglicherweise auch noch einmal solche Häuser, die nicht unter die bisherigen Kategorien fallen, aber die es wert wären, in einer intensiven Diskussion betrachtet zu werden. Dann kommen solche Fragen, die eben ja schon angesprochen worden sind, dass man nun nicht nur schlicht sagen kann, dass man das erhalten will, wenn aber die Nutzung, die dann dahinter liegt, sich im Grunde nicht verträgt, so wie es eben ja bezogen auf das eine Gebäude hier am Domshof gesagt worden ist, wo im Grunde nur eine Fassade steht, aber dahinter wird durch die andere Anordnung der Etagen der Eindruck, den man eigentlich behalten will, zerstört. Das kann ja nicht in unserem Interesse sein.

Ich glaube, dass mit dem, was verabredet worden ist, jetzt tatsächlich eine Sichtung gemacht wird - der Denkmalpfleger hat sich jetzt auch vorgenommen, hier verstärkt aktiv zu werden, dass wir in

Zusammenarbeit mit meinem Haus einmal einen solchen Katalog machen und dann natürlich auch miteinander abwägen müssen, auch das wird dazu gehören -, kann man dieses Gebäude, diesen Gebäudebestandteil erhalten, oder kann man ihn nicht erhalten, auch unter dem Hinweis, ist es am Ende noch wirtschaftlich zu nutzen.

Ich habe es von Ihrer Diskussion in der Baudeputation so verstanden, dass man natürlich nicht möchte, dass sich aufgrund möglicher Auflagen an einer Stelle überhaupt nichts mehr entwickeln kann, also dass Baulücken bestehen bleiben. Das war, glaube ich, aber alles einvernehmlich.

Bezogen auf das Haus Am Wall, denke ich, wird jeder, der davor steht, es als schöne Fassade für sich annehmen wollen. Ich werde, Frau Krusche, das war ja Ihre Frage, selbstverständlich ein Gespräch mit dem Investor führen, das ist auch verabredet. Man muss jetzt mit ihm klären können, ob er damit umgehen kann, ob es sich sozusagen für sein Invest rentiert, dass es an der einen oder anderen Stelle, wie von Frau Kummer angesprochen, tatsächlich auch bei Abwägung unter dem Strich sogar noch besser sein kann, wenn man das in einem alten Gebäude macht. Das wird aber jeweils von den Gebäuden abhängen, ob eine Investition des Neubaus im Grunde schlechter wäre als das Invest in den Altbestand hinein. Das wird sich von Fall zu Fall klären. Das wird man nicht pauschal sagen können. Aber dass es durchaus von Interesse sein kann, zeigen die Dinge, die hier in der Stadt auch entwickelt worden sind.

Ich glaube, dass wir mit dem Vorschlag, dass wir jetzt an dieser Stelle einmal eine systematische Erhebung im Innenstadtbereich machen und schauen, an welchen Stellen könnte man hier solche Gebäude vielleicht unter Erhaltungssatzung oder auch durch andere Regeln festlegen und damit auch für alle Seiten Sicherheit haben, einschließlich der Investoren und der Bauherrinnen oder Bauherren, denen ein solches Gebäude gehört, denn nicht immer löst es auch Freude aus, wenn das eigene Gebäude möglicherweise unter Denkmalschutz gestellt wird. Dabei kommen nicht jedes Mal glückliche Mienen zustande. Ich glaube, wir haben eine gute Verabredung getroffen und sollten uns dann, wenn das vorliegt, tatsächlich in eine solche Diskussion hineinbegeben, ob wir es so machen oder ob wir es möglicherweise tatsächlich an der einen oder anderen Stelle auch für den Abriss freigeben. Das muss man dann aber abwägen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/410 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Gebühren- und Benutzungsordnung für die Bremer Volkshochschule, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 27. November 2001
(Drucksache 15/411 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die Gebühren- und Benutzungsordnung für die Bremer Volkshochschule, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen, beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Ortsgesetz zur Änderung entsorgungsrechtlicher Vorschriften in der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2001
(Drucksache 15/499 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Logemann.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nur kurz begründen, warum wir vom Bündnis 90/Die Grünen den zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurf zur Änderung entsorgungsrechtlicher Vorschriften in der Stadtgemeinde Bremen ablehnen. Ursache ist der Paragraph 28, mit dem neue Ordnungswidrigkeitstatbestände eingeführt werden, und zwar bezieht sich unsere Kritik insbesondere auf Paragraph 28 Absatz 5 und Absatz 16. In Absatz 16 heißt es, dass derjenige sich ordnungswidrig verhält, der Abfallbehälter vor dem angegebenen Zeitpunkt hinausstellt. Wer also Müll zu früh zur Abholung bereitstellt, soll ab 1. Januar 2002 mit einem Strafgeld belegt werden.

Anlass des Senats für diese Gesetzesänderung ist vor allen Dingen der gelbe Sack. Bürgerinnen und Bürger, die also demnächst, das heißt ab 1. Januar 2002, den gelben Sack vor 18 Uhr des Tages vor der Abholung hinausstellen, sollen ein Strafgeld in Höhe von 70 DM bis 150 DM bezahlen.

Meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg zur Reduzierung der Vermüllung der Stadt. Das ist Gesetzgebungsaktionismus, mit dem aber in der Sache nichts, aber auch rein gar nichts zu erreichen ist. Das lehnen wir Grünen ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie wir bereits vor zwei Wochen hier in der Bürgerschaft dargelegt haben, und deswegen möchte ich das jetzt auch im Einzelnen nicht noch einmal wiederholen, muss das Problem mittelfristig an der Wurzel gepackt werden, und das heißt, der gelbe Sack muss weg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dagegen ist die vorgeschlagene Gesetzesänderung realitätsfernes Basteln an Symptomen. Es ist ein niedlicher Lösungsversuch, mit dem man aber an die Verursacher nicht herankommt. Allein mit der Verabschiedung von Gesetzen löst man keine Probleme, allein das Vollzugsdefizit wird vergrößert. Hier müssen Sie sich, meine Damen und Herren, zunächst einmal vergegenwärtigen, dass bereits heute diejenigen bestraft werden können, die den gelben Sack falsch befüllen! Wer in den gelben Sack Papier, Glas, Windeln oder so etwas hineinwirft, kann auch heute schon bestraft werden, das heißt, mit einem Bußgeld belegt werden. Dies gelingt aber nur punktuell, an die Verursacher kommt man meistens nicht heran.

Das Entscheidende ist, und da müssen wir aufpassen, um auch wirklich die Absurdität dieser

Gesetzesänderung zu begreifen, dass das Gesetz nur vollziehbar ist und man nur dann an den Verursacher herankommt, wenn sich in dem gelben Sack ein Adressträger befindet. Nur dann kann man auch einschreiten. Auch dann werden meistens die Verfahren eingestellt, wenn der Betroffene das bestreitet und keine Zeugenaussagen vorhanden sind. Nur dann ist aber das Gesetz überhaupt vollziehbar.

Wenn aber in einem gelben Sack ein Adressträger ist, dann befindet sich in diesem gelben Sack Papier. Das heißt, in diesem Moment ist der gelbe Sack falsch befüllt, und in diesem Fall kann man mit den bestehenden Gesetzen genau das tun, was heute zwar wenig gelingt, aber man könnte ein Ordnungswidrigkeitenverfahren einleiten.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das ist ja richtig spitzfindig!)

Also: Es ist ein Nonsensgesetz, es ist quasi nicht vollziehbar. Es ist ein zahnloser Tiger.

Aber dem Ganzen noch eins darauf gesetzt, muss ich ehrlich gestehen, hat die Diskussion in der Umweltdeputation. Auf Nachfrage, wie viele zusätzliche finanzielle und personelle Mittel denn für den Vollzug dieses Gesetzes bereitgestellt würden, hat mir dazu der zuständige Behördenvertreter gesagt, dass kein höherer Vollzugsaufwand bestehe. Das ist mir etwas ganz Neues: Gesetze, die keinen Vollzugsaufwand nach sich ziehen, finde ich, sind eine ausgesprochene Seltenheit, und das ist an der Stelle auch wirklich Quatsch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Besonders möchte ich jetzt noch einmal Sie, meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ansprechen. Sie haben Ihre Eckpunkte für ein sauberes Bremen sehr medienwirksam vorgestellt. Dort haben Sie explizit - schade, dass Herr Kleen im Moment nicht da ist - .

(Zuruf des Abg. Kleen [SPD])

Gut, dann kann ich das ja mit Ihnen richtig besprechen! Sie haben nämlich deutlich gesagt, dass das Ordnungsrecht ausreicht, es muss nur umgesetzt und vollzogen werden. Ehrlich gesagt, das hat mich nun völlig verwirrt. Heute in der Bürgerschaft legen Sie ein Gesetz vor, das genau dazu führt, dass das Vollzugsdefizit noch einmal ein Stück weit vergrößert werden wird. Das wird es garantiert! Das war der Punkt: Paragraph 28 Absatz 16!

Der zweite Punkt, der meines Erachtens noch absurder ist, ist der Absatz 5. Er besagt nämlich,

dass diejenigen Bürgerinnen und Bürger demnächst bestraft werden sollen, die mit dem grünen Punkt versehene Leichtverpackungen über die Restmülltonne entsorgen. Abgesehen davon, dass wir uns, wenn man dieses Gesetz wirklich vollzieht, endgültig der Mülldiktatur nähern, heißt das, jetzt einmal bezogen auf Kleinstkunststoffverpackungen, dass diejenigen, die ökologisch sinnvoll handeln, nämlich solche Kleinstkunststoffverpackungen über die Restmülltonne entsorgen, bestraft werden.

Das ist nämlich in der Tat bei dem, wie heute hier in Bremen Abfallwirtschaft praktiziert wird, ökologisch sinnvoller, da nämlich zurzeit diese Kleinstkunststoffverpackungen, die sich in den gelben Säcken befinden, dort aussortiert werden, nicht einer Verwertung zugeführt werden, sondern unbehandelt auf der Deponie landen und dazu führen, dass giftige Sickerwässer und Deponiegase entstehen. Würden aber diese Kleinstkunststoffverpackungen über die Restmülltonne entsorgt, so würden sie dem Müllheizwerk zugeführt und zumindest noch energetisch verwertet.

Das heißt letztendlich, wenn man das zu Ende denkt, dass diejenigen - bei dem, wie heute hier in Bremen Abfallwirtschaft praktiziert wird -, die ökologisch sinnvoller handeln, jetzt auch noch mit einem Strafgehalt belegt werden.

Ich möchte Sie, Frau Wischer, mit Erlaubnis des Präsidenten kurz aus einem Interview vom 27. September 2000 aus dem „Weser-Report“ zitieren: „Ich habe Zweifel, ob alles, was in den Sack soll, wirklich auch ökologisch nachprüfbar sinnvoll verwertet werden kann. Dies muss beispielsweise für Verpackungen wie Kleinstkunststoffverpackungen noch genauer untersucht werden.“

Ich denke, Frau Wischer, Sie haben das Problem in der Tat auch erkannt. Nur kann man nicht gleichzeitig, wenn man das Problem sieht, jetzt so einen Gesetzentwurf vorlegen. Hier sei noch ergänzt, dass die Bremer Entsorgungsbetriebe auch gerade empfehlen, die Kleinstkunststoffverpackung genau aus diesem Grund, dass sie dann einer energetischen Verwertung zugeführt werden, auch über die Restmülltonne zu entsorgen. Das heißt, in der Summe ist insbesondere bezogen auf diese beiden Absätze des Paragraphen 28 dieses Gesetz Unsinn, und wir Grünen lehnen es daher ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch eine letzte Anmerkung hierzu: Anstatt immer neue Gesetze und solchen Nonsens zu schaffen, finde ich, sollte der Senat vielmehr darüber nachdenken und daran arbeiten, warum denn so viel

Missbrauch mit dem gelben Sack betrieben wird. Hier muss man sich auch vergegenwärtigen, dass die hauptsächlichen Probleme in den Stadtteilen mit einer hohen Verdichtung bestehen, mit hohen Anteilen an Mehrfamilienhausbebauungen. Da geht es nämlich um Fragen, wenn man das Problem Müll lösen will, muss man die räumliche Enge beseitigen, man muss Bildung betreiben, man muss sehr viel Information betreiben. Es ist letztendlich auch eine soziale Frage, und nur so kommt man dort heran. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. Dr. Schuster (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Mathes, man sollte den Popanz, den man da aufbläst, nicht zu groß machen, weil er dann endgültig nicht mehr der Realität entspricht.

Es war nie beabsichtigt und ist auch völlig absurd zu sagen, mit dem Ordnungsrecht könnten wir die Probleme der Vermüllung der Stadt lösen. Das beabsichtigt keiner. Es beabsichtigt auch keiner, jede Mülltonne nach einer Kleinstkunststoffverpackung zu durchwühlen. Das ist auch nicht das Problem. Man muss sich bloß, und das wäre wirklich einmal eine interessante Frage, die Sie sich und vielleicht auch die Fraktion der Grünen stellen sollten, einmal mit dem konkreten Müllproblem auseinandersetzen. Es ist ein Fakt, dass das Sammelsystem mit dem gelben Sack, ob man ökologisch etwas davon hält oder nicht, in vielen Bereichen gut funktioniert.

Es gibt aber Bereiche, in denen es permanent nicht funktioniert, in denen permanent direkt, nachdem die gelben Säcke abgefahren worden sind, kurze Zeit später die neuen gelben Säcke auf der Straße stehen. Das geschieht meistens straßenweise. Es ist nicht so, dass das weit über die Stadt verbreitet ist. Es gibt viele Stadtteile, in denen das reibungslos funktioniert. Wir sagen, hier muss man deutlich machen, dass das nicht geht, weil die gelben Säcke dadurch zur Vermüllung beitragen. Je länger die gelben Säcke liegen, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie zerrissen werden und der ganze Müll auf der Straße liegt.

Wir wollen durch die Gesetzesänderung deutlich machen: Leute, hört her, das geht so nicht! Gerade in den Stadtteilen, in denen das passiert, kann man in Umfragen hören, dass die Bürger sagen, es stört uns mit am meisten, dass so viel Müll herumliegt. So ist die Einschätzung der Bevölkerung, und deswegen muss man dagegen vorgehen. Wir

sagen hier, wenn alles andere, gutes Zureden, Informationen und so weiter, nicht hilft, dann muss man im Zweifelsfall auch ordnungsrechtlich dagegen vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens hat Herr Kleen, nachdem die Umweltdeputation es beschlossen hat, festgestellt, dass die gesetzlichen Grundlagen ausreichen. Er hat vergessen, dass wir das Gesetz jetzt hier erst in der Bürgerschaft verabschieden müssen. Wir haben nicht vor, weil wir wissen, dass das Vollzugspersonal relativ knapp ist, flächendeckend zu schauen, ob ein gelber Sack zu finden ist, der zu früh oder zu spät herausgestellt worden ist, sondern wir wollen das in Schwerpunktaktionen angehen mit verschiedensten Kräften.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Razzia!)

Razzia? Ich weiß ja nicht, wie Sie das machen würden, Herr Güldner! Wir bleiben erst einmal auf der Straße und wollen nicht in die Häuser, um zu schauen, ob da auch wirklich die Mülleimer im Haus getrennt sind. Das ist uns erst einmal egal. Es gibt verschiedene Ordnungswidrigkeiten, die in der Summe sehr ärgerlich sind und bei denen man im Kontext von Öffentlichkeitsarbeit, öffentlicher Aufklärung und Informationen auch ordnungsrechtliche Maßnahmen einsetzen muss. Dafür braucht man auch Tatbestände im Gesetz.

Der zweite Punkt ist, dass wir verbieten wollen, Verpackungsmüll in Restmülltonnen zu werfen. Das hat den schlichten Grund, dass wir das, was die Bundesgesetze hinschreiben, natürlich auch in unsere Gesetze hineinschreiben. Wenn wir ein duales System haben - dem stehe ich zwar auch kritisch gegenüber -, muss man schlicht sagen, dass das so ist. Das hat ja auch finanzielle Hintergründe. Sie wissen ganz genau, dass das DSD Geld dafür bekommt, den Verpackungsmüll zu verwerten. Wenn im Idealfall - der auch nicht so vorkommt, damit ich auch nicht so einen Popanz hier aufblase - der Verpackungsmüll überwiegend in der Restmülltonne landet, ist die Stadt und letztendlich der Gebührenzahler über die Müllgebühren gefordert, das zu beseitigen und die Kosten zu tragen. Das wollen wir auch vermeiden.

Wir sagen, wir haben das duale System, und das erfordert auch, gesetzlich die Mülltrennung vorzuschreiben. Es geht uns nicht darum, dass wir einen Sheriff nach dem anderen durch die Gegend schicken und schauen wollen, ob die Mülltonnen ordentlich befüllt sind. Aber es muss möglich sein, dort, wo man offensichtlich sieht, dass erheblicher

Missbrauch betrieben wird, dem stärker nachzugehen.

Insofern sind die Gesetzesänderungen nicht unsinnig, sondern sie sind sehr sinnvoll, weil sie nicht das zentrale Instrument sind, um die Vermüllung der Stadt zu vermeiden. Sie sind ein kleiner Beitrag, den das Ordnungsrecht aber auch leisten muss, um die Vermüllung einzuschränken. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Mull.

Abg. Frau **Mull** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es hier sehr kurz machen. Ich kann mich zu 100 Prozent meinem Vorredner, Herrn Dr. Schuster, anschließen.

Frau Dr. Mathes, wir haben hier bereits vor zwei Wochen die Debatte geführt und ausführlich über den Sinn oder Unsinn des gelben Sackes, den Sie ja gern abschaffen möchten, diskutiert und uns inhaltlich ausgetauscht. Wir stehen immer noch dazu und sagen, dass das getrennte Müllsammeln aus umweltpolitischer Sicht das Beste ist, was man derzeit machen kann. Unsere Problematik liegt einfach darin, wie wir mit dem gelben Sack umgehen und wie wir unsere Bürger dazu erziehen können, auch vernünftig mit dem gelben Sack umzugehen, und welche ordnungsrechtlichen Maßnahmen wir ergreifen können, um zum Beispiel ein vorzeitiges Herausstellen des gelben Sackes zu vermeiden.

Das ist hier in dem Paragraphen 28 geregelt, den Sie ja eben selbst zitiert haben. Das unterstützen wir auch voll und ganz. Mein Schwerpunkt in der Debatte vor zwei Wochen war, nicht über den Sinn oder Unsinn nachzudenken, sondern darüber, was wir tun können, um gegen diese Vermüllungsprozesse hier in der Stadt etwas zu unternehmen, um unsere Stadt wieder lebenswert und lebenswürdig zu machen.

(Abg. Kleen [SPD]: Nicht Vermüllung, Vermüllung!)

Nicht Vermüllung, nein, Vermüllung! Das ist richtig!

Von daher, denke ich einmal, wird es auch der Sache nicht gerecht, jetzt anhand dieser Anpassung des Gesetzes, es ist ja letztendlich nur eine Anpassung an die Bundesgesetzgebung, zu sagen, ich ziehe diese gesamte Gelbe-Sack-Debatte, die wir vor zwei Wochen bereits geführt haben,

wieder hoch. Das ist nicht Gegenstand dieser Vorlage. Diese Vorlage enthält noch eine Menge anderer Paragraphen, gegen die Sie ja im Einzelnen nichts haben, Frau Dr. Mathes. Von daher finde ich es eigentlich ein bisschen blödsinnig, auf diese einfache Art und Weise die Diskussion um das duale System und den gelben Sack wieder hochzuziehen.

Von daher kann ich mich, wie gesagt, meinem Vorredner nur anschließen. Wir werden den Antrag zur Gesetzesänderung entsprechend unterstützen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort erhält Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will es noch kürzer machen als Frau Mull. Ich wollte nur darauf eingehen, dass Sie mich mit meiner Meinung zitiert haben, dass die Kleinstverpackungen ökologisch nicht sinnvoll zu verwerten sind. Das ist richtig, das ist auch meine Auffassung. Aber solange, verehrte Frau Dr. Mathes, das Kreislaufwirtschaftsgesetz noch nicht geändert worden ist und dies nicht mehr zu der einzusammelnden Fraktion gehört, sind wir daran gebunden, das Kreislaufwirtschaftsgesetz auch umzusetzen. Wir würden uns ja sonst gegen das Bundesgesetz wenden. Ich habe eben schon bei der letzten Debatte gesagt, wir haben zurzeit den Bundesminister Trittin, der selbstverständlich in der Lage gewesen wäre, das Kreislaufwirtschaftsgesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verändern. Dazu ist es nicht mehr gekommen.

Wir werden diese Debatte selbstverständlich in der Zukunft zu führen haben. Wir werden selbstverständlich die Frage der ökologischen Sinnhaftigkeit einer Reihe von Dingen zu diskutieren haben. Bezogen auf die Problemfelder hat Herr Dr. Schuster, glaube ich, schon alles Wesentliche gesagt. Bitte vermeiden Sie doch den Eindruck, als sei das Problem mit dem gelben Sack quer über die Stadt verteilt und überall! Es gibt in bestimmten Quartieren Probleme damit, die müssen wir angehen, und das wollen wir auch tun. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich mache es auch nur ganz kurz, weil sich das auch noch einmal auf den Punkt bezieht, dass hier im-

mer gesagt wurde, auch von Frau Wischer jetzt wieder und auch von Herrn Schuster, dass man da eine Gesetzesanpassung machen muss. Ich habe zu den Punkten, zu denen eine Anpassung an die nationale Gesetzgebung gemacht werden muss, nicht gesagt, dass man das nicht im Wesentlichen tun soll. Mein Hauptkritikpunkt bezieht sich auf die Bestrafung für zu früh herausgestellte gelbe Säcke und eine fehlende Ahndungsmöglichkeit eines solchen Ordnungswidrigkeitentatbestandes.

Ich habe von Ihnen, Herr Dr. Schuster, nicht ein Wort dazu gehört, wie man dieses Gesetz denn überhaupt vollziehen will und welchen Sinn das hat, wenn man das gar nicht machen kann. Ich habe versucht, deutlich zu machen, dass das im Prinzip Nonsens ist, weil es nämlich das Problem ist, dass man im richtig befüllten gelben Sack überhaupt keinen Hinweis auf den so genannten Verursacher hat und von daher das auch gar nicht anwenden kann. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung entsorgungrechtlicher Vorschriften in der Stadtgemeinde Bremen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Viertes Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen Bremen und Bremerhaven
Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2001
(Drucksache 15/500 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die im Vierten Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen Bremen und Bremerhaven vorgesehenen Änderungen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 37 vom 4. Dezember 2001
(Drucksache 15/412 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt worden.

Zuerst lasse ich über die Petition S14/104 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der übrigen Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen.

Ich schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft.

(Schluss der Sitzung 16.25 Uhr)